Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Mittwoch, 16. März 1921

Nummer 125 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Porto-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche 6 Worte-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Scharfe Töne

Zentrum, Rechtssozialisten und Regierungsbildung

Zwischen Zentrum und Rechtssozialisten tobt offene Fehde. Die Zentrumsparlamentskorrespondenz greift Otto Braun aufs heftigste an, weil er angeblich einige parlamentarische Staatssekretäre schlecht behandelt hat. Die „Sozialistische Korrespondenz" weist in ausführlicher Darstellung diese Vorwürfe als haltlos zurück. Die Einzelheiten interessieren nicht sonderlich. Wie die „S. K." hervorhebt, waren sich eigentlich alle Parteien des alten Landtages darüber einig, die Einrichtung der parlamentarischen Staatssekretäre zu beseitigen. Interessant ist indes der letzte Abschnitt des Artikels der über die Strömungen und Stimmungen in der rechtssozialistischen Partei gutinformierten Korrespondenz. Er lautet:

Die Angriffe gegen Braun sind also von einer ganz sinnlosen Unwahrhaftigkeit. Wir wollen nicht auf den Busch klopfen, um zu erfahren, von wem sie ausgehen. Wir möchten nur erklären, daß diese Angriffe auf Braun — ebenso wie die albernen Verdächtigungen Lüdemanns in der Angelegenheit des perversen und geisteskranken Prinzen Friedrich Leopold — **die Regierungsbildung in Preußen gewiß nicht erleichtern werden.** Auch die Gegner Otto Brauns werden gut tun, nicht zu vergessen, daß er nicht nur von der alten Landesversammlung aus preußischer Ministerpräsident war, sondern auch bei der Preußenwahl an der Spitze der sozialdemokratischen Liste stand, also **der unverkennbare Bannerträger der Partei** ist. Es gehört ein außergewöhnlich geringes politisches Augenmaß zu der Annahme, daß die Sozialdemokratie die Ehrlosigkeit begehen könnte, **einen Mann wie Otto Braun etwa einem Gesellen wie dem Hermes zu Liebe zu opfern.** Wer das zu fordern gedenkt, mag lieber die Zeit des Landtages nicht unnütz in Anspruch nehmen und die Regierungsbildung nicht unnütz verzögern, sondern offen sagen, **daß ein weiteres Zusammenregieren mit der Sozialdemokratie für ihn nicht in Betracht kommt.** In diesem Falle wird die Sozialdemokratie in Preußen — und wie wir bestimmt erwarten, endlich auch im Reiche — **zur schärfsten Opposition übergehen,** und es wird nicht unsere Schuld sein, wenn ein Kampf entbrannt, der dem deutschen Volke in seiner jetzigen Lage besser erspart bliebe.

Stehen die Dinge so? Dieser überraschend scharfe Ton richtet sich nicht nur gegen das Zentrum, sondern — durch das Hineinziehen des Falles vom Prinzen Friedrich Leopold — gegen Zentrum und Demokraten, denn diese waren es, die sich des Prinzen angenommen und Lüdemann wegen dieser Angelegenheit hart angerempelt haben. Haben die Rechtssozialisten ihre Hoffnung, die alte Koalition in Preußen beisammen zu halten, aufgegeben, daß sie schon jetzt mit so sicherer Betonung schärfste Opposition in Preußen und im Reiche ankündigen? Wir wollen abwarten, was dahinter steckt, aber wir nehmen nicht an, daß Herr Heilmann hiermit nur seine Privatmeinung zum Ausdruck gebracht hat.

Die Entwaffnungskomödie

Kahr sagt den Kampf an

Am Dienstag hielt im bayrischen Landtag der Ministerpräsident von Kahr eine längere Rede über die beabsichtigte Auflösung der Einwohnerwehr und das neue Entwaffnungsgesetz, das soeben dem Reichstag zugegangen ist. Er erklärte die Frage der Einwohnerwehren für eine bayrische Angelegenheit und warnte das Reich davor, in die innere Verwaltung der Einzelstaaten einzugreifen. Den Einheitsbestrebungen des Reiches müsse mit allen Mitteln entgegengearbeitet werden; denn die wichtigste Aufgabe sei die Wiederaufrichtung der Staatsautorität.

Kahr verstieg sich dann zu der Behauptung, die Einwohnerwehr sei keine (??) reaktionäre Einrichtung, sie bilde die „Abwehr" gegen alle Störungsversuche von rechts und von links. Dabei vergaß Herr Kahr absichtlich zu erwähnen, daß die Einwohnerwehr just vor einem Jahre die verfassungsmäßige Regierung in Bayern zusammen mit den Zeitfreiwilligen und den Truppen des monarchistischen Befehlshabers von Möhl stürzte und Herrn Kahr zu seinem Regierungssessel verhalf. Diesen Punkt nannte Herr Kahr natürlich nicht erwähnen, denn sonst hätte er sich selbst kompromittiert und als den Minister der Gegenrevolution gekennzeichnet. Durch einen Gewaltstreich der Einwohnerwehr zur Herrschaft gelangt, weiß Herr Kahr natürlich ganz genau, daß mit der Einwohnerwehr auch seine eigene Macht steht oder fällt. Er betrachtet sich aber nach wie vor als monarchistischer Thronhalter und will deshalb die Einwohnerwehr unter keinen Umständen beseitigt wissen. Dabei steuert Kahr geraden Wegs auf eine Katastrophe hin. Wie seine alldeutschen Freunde aus dem Lager der preußischen Scharfmacher, behauptet er, die Reichsregierung brauche an den Pariser Entwaffnungsbeschlüssen nicht mehr festzuhalten, nachdem die Londoner Verhandlungen abgebrochen worden seien. Er betonte, daß die bayrische Regierung gegen das Entwaffnungsgesetz der Reichsregierung entschiedenen Einspruch erhoben habe, und sie werde von ihrer Anschauung, die Einwohnerwehren unter keinen Umständen aufzulösen, nicht abweichen.

Kahr sagte dann der Reichsregierung den offenen Kampf an. Er könne die Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehr weder billigen, noch jene verurteilen, die sich nicht entwaffnen lassen wollten. In den letzten Worten liegt eine direkte Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze. Nach den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere nach dem Ausnahmeerlaß Eberts, müßte Herr Kahr mit Zuchthaus bestraft werden. Denn der Ausnahmeerlaß Eberts kündigt auch denen schwere Strafe an, die die Aufforderung zur Nichtentwaffnung ergehen lassen. Herr Kahr kann sich trotz alledem beruhigt schlafen legen. Es wird ihm von der Reichsregierung aus nicht das mindeste geschehen. Die Entwaffnungsgesetze sind einseitig auf die Arbeiter zugeschnitten, im übrigen sorgen die Gerichte dafür, daß Gegenrevolutionären vom Schlage Kahrs nichts geschieht.

Und deshalb ist auch der Donner gegen die Reichsregierung, den Kahr im bayrischen Landtag entfachte, nur ein Theaterdonner. Wie die bisherigen Gesetze die bewaffnete Konterevolution im allgemeinen und die bayerische im besonderen schützten, so wird auch das neue Entwaffnungsgesetz an den Zuständen in Bayern nicht das mindeste ändern. Im Gegenteil: das neue Gesetz hat für Bayern absichtlich alle Hintertüren offengelassen. Wenn es also infolge der Nichtentwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren zu neuen außenpolitischen Konflikten kommen sollte, so wird dafür in erster Linie nicht Herr Kahr und seine Hintermänner, sondern die Reichsregierung verantwortlich zu machen sein, die Reichsregierung, die bisher in allen Fällen vor der Kahrregierung feige zu Kreuze gekrochen ist.

Luftangriff auf Kronstadt

O.E. Terioki, 15. März 1921.

Am 14. März dauerte das Bombardement der Küste durch Kronstadt an. Der Leuchtturm von Tolbuchin hat durch das Feuer von Krasnaja Gorka gelitten. Dieser Leuchtturm diente als Beobachtungsposten der Kronstädter Besatzung. **Sowjet-Flugzeuge werfen Bomben über Kronstadt ab.** Das Revolutionskomitee von Kronstadt hebt in einem Aufruf an das gesamte Weltproletariat hervor, daß durch diese bolschewistische Maßregel das Leben von Frauen und Kindern bedroht sei. **Der dritte Sturmangriff der Bolschewisten** in der Nacht auf Sonntag aus der Richtung von Oranienbaum dauerte 15 Minuten und ist abgewiesen worden. Es wird bestätigt, daß während des zweiten bolschewistischen Angriffs das 6. Sowjetregiment seine Kommissare verhaftet und sich Kronstadt ergeben hat. **Die Verpflegungslage Kronstadts ist schwierig.** In Anbetracht des Lebensmittelmangels ist schon vom 12. März an eine Herabsetzung der Rationen angeordnet worden. Eben aus Kronstadt hier eingetroffene Personen melden, daß die Stimmung dennoch zuversichtlich sei. Die Arbeiter haben den inneren Sicherheitsdienst übernommen. Frauen melden sich zum Sanitätsdienst. Die Bevölkerung hilft warme Kost in die vordersten Kampfstellungen zu schaffen. Die Petersburger Presse bringt nach wie vor nur Aufrufe und allgemein gehaltene Artikel, die zur Anspannung aller Kräfte im Kampf auffordern. Die militärischen Berichte, die sie von der Kronstadt-Front bringt, sind kurz und geben kein Bild der Ereignisse. Ein Teil der Petersburger Matrosen wird in die Schwarzmeer-Flotte versetzt. Die Kriegsschiffe „Gangut" und „Poltawa" feuern nicht, was auf die Unzuverlässigkeit der Besatzungsmannschaften zurückgeführt wird.

Vom 10. Kongreß der russischen kommunistischen Partei

O.E. Riga, 15. März 1921.

Auf dem Moskauer Kongreß der russischen kommunistischen Partei hat die Kontrollkommission Enthüllungen über umfangreiche Amtsvergehen verantwortlicher Kommunisten gemacht. Nach amtlichen Meldungen erklärte Lenin in seinem Schlußwort nach der Debatte über die äußere und innere Lage der Sowjetrepublik, daß die Einheit der Partei das Gebot der Stunde sei. Lenin gab zu, daß das demokratische Prinzip im Parteileben nicht genügend durchgeführt werde, und wandte sich gegen die von Schljapnikow und Frau Kollontai geführte Gruppe der Arbeiteroppposition, deren Vorschlag, die Leitung der Wirtschaft einem allrussischen Organ der Verbraucher zu übergeben, er kleinbürgerlich und syndikalistisch nannte. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung hätten erwiesen, daß die Diktatur des Proletariats nur durch die kommunistische Partei verwirklicht werden könne. Lenin hieß indessen alle praktischen Vorschläge, die die Arbeiter jeweils zu der Lösung der Tagesfragen machen würden, willkommen.

Danach erstattete Krestinski im Namen des Zentralkomitees der Partei den Bericht über dessen Tätigkeit, worin die Sanierung der Partei als die nächste Aufgabe des Zentralkomitees bezeichnet wird. Nach der Diskussion wurde eine Resolution gefaßt, die die Tätigkeit des Zentralkomitees im allgemeinen billigte, jedoch auf die ungenügende Einheit desselben hinwies, die sich besonders im Gewerkschaftsstreit offenbart habe und das Verhalten der Massen zur Partei ungünstig beeinflusse. Der Beschluß erklärte die Heranziehung von frischen Kräften zur führenden Arbeit in der Partei für notwendig.

Helfferichs Triumph

Eine Welle neuer Verbrauchssteuern und Erhöhungen bereits bestehender Verbrauchssteuern ist von der Regierung geplant. Die unsozialste dieser Steuern, die Zuckersteuer, sucht sie damit zu rechtfertigen, daß zur Deckung des ungeheuer gestiegenen Reichsbedarfs auch die Verbrauchssteuern herangezogen werden müssen. Alle Bedenken hiergegen schlägt sie in den Wind. Es gäbe keinen anderen Ausweg zur Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt des Reiches als die stärkere Anspannung auch der indirekten Steuern.

Seit Wochen hat die bürgerliche Presse in der gleichen Richtung gearbeitet. Es galt, der Entente und der deutschen Oeffentlichkeit den Eindruck zu suggerieren, daß neue Verbrauchssteuern unbedingt notwendig seien. Es galt ferner, den Eindruck zu erwecken, als ob die bestehenden Besitzsteuern so hoch wären, daß eine weitere Belastung der Einkommen und Vermögen unmöglich wäre! Man jauchzte auf, als man, verursacht durch das Verhalten der deutschen Sachverständigen in Brüssel, in Lloyd Georges einen Bundesgenossen dafür gefunden zu haben glaubte. Nun muß auch er herhalten zur Rechtfertigung all der Steuerpläne der Regierung, deren Wirkung eine weitere gewaltige Belastung des deutschen Wirtschaftslebens, der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse und eines neuen Anreizes zu Preissteigerungen ist.

Sicher ist Lloyd George ein größerer Freund der deutschen Kapitalisten, als der deutschen Arbeiter. Seine Kenntnis der deutschen Steuerverhältnisse ist überaus oberflächlich. Seine und seiner Ratgeber Berechnungen beruhen auf den in den Steuergesetzen festgelegten Steuersätzen. Seinen Berechnungen liegt ebensowenig die tatsächliche Wirkung der Steuer zugrunde, als in ihnen berücksichtigt sind all die zahlreichen Erleichterungen, die in der Praxis durch die Verzögerung der Einziehung der Besitzsteuern und die Geldentwertung eingetreten sind, und die zahlreichen Schliche, mit denen die Gesetze umgangen werden.

Hätte Lloyd George aber die Möglichkeit gehabt, den Verhandlungen des Steuerausschusses des Reichstages beizuwohnen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben, dann hätte wahrscheinlich auch er eingesehen, daß seine Anschauung über das deutsche Steuerwesen durchaus falsch ist. Dann hätte er einen richtigen Begriff bekommen von der Steuerscheu der deutschen Kapitalisten, wie sie in gleichem Umfange in seinem Heimatlande wohl noch niemals zutage getreten ist. Was sich in dieser Körperschaft abgespielt hat, das geht selbst weit über das Maß hinaus, das bisher die deutschen Kapitalisten trotz ihrer Steuerscheu zu vertreten gewagt haben.

Die Beratungen bei der Novelle zum Reichsnotopfer waren der Auftakt. Viel deutlicher offenbarten sich die Absichten der bürgerlichen Parteien bei der Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz. Diese Novelle, eingebracht, um einige Mängel des in der Eile fabrizierten Gesetzes zu korrigieren und die durch die Geldentwertung unhaltbar gewordene starke Ueberlastung der Besteuerung der Lohn- und Gehaltseinkommen etwas abzuschwächen, ist von den bürgerlichen Parteien von Anfang an nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet worden, wie sie diese notwendige Milderung der Besteuerung bei den unteren Einkommensstufen benutzen könnten, zu einem Abbau der Besteuerung der hohen Einkommen.

Der Widerstand, der ihren Absichten von Anfang an von den sozialistischen Parteien entgegengesetzt wurde, ließ sie erkennen, da sie ihr Ziel auf geraden Wegen nicht würden durchsetzen können. Sie mußten einsehen, daß, wenn sie ihren ursprünglichen Absichten gemäß, der Veranlagung der Nichtlohnempfänger das Jahr 1918 oder 1919 mit seinen niedrigen Geldwerten zugrunde legen würden, während die Lohn- und Gehaltsempfänger nach dem Einkommen des Jahres 1920 mit den hohen Geldwerten besteuert würden, jedermann deutlich sichtbar ihre Absichten, die Einkommensteuerung abzubauen, erkannt haben würde.

Sie suchten deshalb nach anderen Wegen. Da es ihnen nicht gelang, in den wochenlangen Ausschußverhandlungen, die Gegensätze unter sich und zwischen der Regierung zu beseitigen, wurde eine Pause von fast zehn Tagen eingelegt, in der die Regierungsparteien unter Mitwirkung einiger besonders eifriger Vertreter des Reichsfinanzministeriums neue Anträge ausarbeiteten. Der Geist Helfferichs schwebte über diesen Beratungen, die, als sie abgeschlossen und ihre Ergebnisse bekanntgegeben waren, eifriges Lob aus seinem Munde fanden.

Durch diese Anträge, die nun den weiteren Beratungen des Ausschusses zugrunde gelegt wurden, wurde auf Umwegen das erreicht, was auf geraden Wegen nicht durchzusetzen war, nämlich, die erhebliche Verminderung dessen, was als Einkommen der Besteuerung unterliegt.

Zu diesem Zweck beantragten die Regierungsparteien die Steuerfreiheit der Veräußerungs- und Spekulationsgewinne, die Aenderung der Bestimmung über Abschreibungen, so daß zu den größten Steuerhinterziehungen geradezu angereizt wird. Außerdem verlangen sie die Neueinführung des Abzugs einer Einkommensverminderung vom Einkommen des

folgenden Jahres. Die einmaligen Einnahmen aus Abfindungen, Lotteriegewinne, Remunerationen, Honoraren und außerordentlichen Waldnutzungen sollen, selbst wenn diese Einnahmen Millionenbeträge erreichen, nur einem Steuersatz von 10 Prozent unterliegen, anstatt dem sonst geltenden bis zu 60 Prozent. Einnahmen aus außerordentlichen Waldnutzungen infolge höherer Gewalt sollen gar nur mit 5 Prozent versteuert werden.

Das aber sind durchaus noch nicht alle Wege, auf denen die Regierungsparteien mit der freudigen Unterstützung der Deutschnationalen das der Steuer unterliegende Einkommen zu vermindern trachteten. Für die Berechnung des Betriebsvermögens haben sie einen neuen Begriff eingeführt, der der tatsächlichen Steuerfreiheit dieser Millionenbeträge gleichkommt. Beiträge für wissenschaftliche, künstlerische, kirchliche und mildtätige Zwecke sollen bis zu 10 Prozent des Einkommens abzugsfähig sein. Ebenso werden Beträge für den Wohnungsbau ohne jede Beschränkung und Sicherung von der Steuer freigelassen.

Alle diese Anträge haben die Regierungsparteien mit Unterstützung der Deutschnationalen gegen den geschlossenen Widerstand der sozialistischen Parteien, zu denen sich hin und wieder ein Zentrumsarbeiter gesellte, im Steuerausschuß durchgesetzt. Ab und zu hat die Regierung geringen Widerstand geleistet; meistens aber gute Miene zu dem bösen Spiel gemacht, das dem Reich einen Ausfall von Hunderten von Millionen, wenn nicht gar von Milliarden bringen wird, die durch Verbrauchssteuern aufzubringen sein werden.

Selbstverständlich aber verhalten sich die bürgerlichen Parteien allen Anträgen auf Milderung der Besteuerung der Lohn- und Gehaltsempfänger über die Regierungsvorlage hinaus streng ablehnend. Gnädig und herablassend verweisen sie darauf, daß für die Folge das Einkommen aus Lohn und Gehalt bis 24 000 Mark nach ihren Anträgen „nur" mit 10 Prozent versteuert werden soll. Sie verschweigen aber, daß diese Herabsetzung des Steuersatzes die zwingende unfreiwillige Konsequenz der durch die Geldentwertung heraufgeschnellten Löhne und Gehälter ist, und eine immer noch ungleich härtere Last darstellt, als sie die Lage dieser Schichten der Bevölkerung zu ertragen vermag. Von einem ausreichenden Existenzminimum, von einem ausreichenden Abzug der Werbungskosten aber wollen sie überhaupt nichts wissen.

So soll denn diese Novelle zur Einkommensteuer, die entsprungen war der Notwendigkeit, die übergroße unerträgliche Belastung der kleinen Einkommen zu ermäßigen, enden mit einer umfassenden, bei den jetzigen Finanzverhältnissen des Reiches geradezu katastrophal wirkenden Befreiung der leistungsfähigsten Schichten unseres Volkes.

Wenn es nach dem Willen der völlig geschlossenen dastehenden und ganz rücksichtslos auftretenden bürgerlichen Parteien des Reichstages geht, dann erhalten ihre Absichten in wenigen Tagen Gesetzeskraft. Sie kümmert nicht die Not der darbenden Arbeiter, Angestellten und Beamten. Sie verfechten rücksichtslos nur die Interessen der besitzenden Klassen. Das zu verhindern, sieht die Unabhängige Sozialdemokratie als ihre dringende Pflicht an. Die letzten Beratungen des Reichstages vor den Osterferien werden deshalb im Zeichen heftiger Kämpfe stehen. Die Auseinandersetzungen, die jetzt zwischen der bürgerlichen Mehrheit und der sozialistischen Minderheit ausgetragen werden müssen, dürften den Glauben restlos beseitigen, als ob der Gegensatz zwischen den beiden Klassen der Gesellschaft, der sich in der Steuergesetzgebung immer am schroffsten offenbart hat, durch irgendwelches Paktieren zu überbrücken wäre. Die bürgerlichen Parteien, gegenwärtig im Besitz der Staatsmacht, wollen von ihr bis zur letzten Neige zu ihren Gunsten Gebrauch machen. Der Kampf um die Neugestaltung der Steuergesetzgebung darf deshalb auf den Kampf innerhalb des Parlamentes nicht beschränkt bleiben. Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen sich rühren, wenn sie die Absichten der bürgerlichen Parteien noch in letzter Stunde verhindern wollen.

Trennung von Kirche und Schule

Ein sächsisches Gesetz

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Dresden, 15. März.

Einen Schritt auf dem Wege zur Trennung von Kirche und Schule hat die sächsische Regierung mit einem Gesetzentwurf getan, der heute im sächsischen Landtag zur Beratung gelangte. Nach der Regierungsvorlage **darf mit einer Schulstelle kein Kirchendienst verbunden sein.** Mit Genehmigung des Bezirksschulrats soll es jedoch den Lehrern gestattet sein, kirchenmusikalischen Dienst auszuüben. Die Genehmigung hierzu kann zurückgezogen werden, wenn die Amtsverwaltung dadurch beeinträchtigt wird. Da die Reichsregierung bis jetzt noch nichts getan hat, um das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu regeln, hat sich die sächsische Regierung entschlossen, wenigstens den Anfang der Trennung der Schule von der Kirche in die Wege zu leiten, um den vielen Unzuträglichkeiten, die jetzt auf dem Gebiet des Kirchenschulwesens bestehen, ein Ende zu bereiten. In der Beratung mußten sogar die Bürgerlichen mit süßsaurer Miene die Berechtigung dieser Vorlage anerkennen, während dem Redner der kommunistischen Fraktion, die den radikalsten Radikalismus in jeder Beziehung, sei er nun vernünftig oder nicht, zum Prinzip erhoben hat, die Vorlage nicht weit genug ging. Er wünschte, daß es den Lehrern überhaupt verboten wird, Kirchendienst zu leisten. Die Vorlage ging nach längerer Aussprache an den Rechtsausschuß zur weiteren Beratung und dürfte in einer der nächsten Sitzungen angenommen werden.

Erwerbslose Oberschlesier

Zahlung der Unterstützung während der Abwesenheit

Im Anschluß an den Erlaß des Reichsarbeitsministers hat für Preußen der Minister für Volkswohlfahrt verfügt, daß zur Abstimmung nach Oberschlesien reisende Erwerbslose **Erwerbslosenunterstützung durch die bisher zuständige Gemeinde,** und zwar, falls notwendig, vorschußweise erhalten. Auf die Kontrolle kann für die Dauer der erforderlichen Abwesenheit verzichtet werden.

Die Zensur im Rheinland

Koblenz, 15. März.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat die Zensur für den Telegramm- und Telephonverkehr sowie über die Zeitungen mit Bezug auf Truppenverschiebungen **um 8 Tage verlängert.**

An den Völkerbund

Einspruch der deutschen Regierung gegen die Sanktionen — Ersuchen um ein Schlichtungsverfahren

Der Protest der deutschen Regierung beim Völkerbund gegen die Zwangsmaßnahmen hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund eines Beschlusses der vier alliierten Hauptmächte und Belgiens haben belgische, britische und französische Truppen die Grenzen des Gebiets, dessen Okkupation der Vertrag von Versailles gestattet, überschritten und **die deutschen Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf besetzt.** Die Alliierten Regierungen haben ferner angekündigt, daß sie von allen Zahlungen, die ihre Staatsangehörigen für deutsche Waren schulden, **einen bestimmten Betrag einbehalten werden.** Endlich wollen sie in den besetzten Rheinlanden eine eigene Zollordnung einführen.

Dieses Vorgehen der Alliierten verstößt gegen den Vertrag von Versailles.

Die Alliierten berufen sich darauf, daß Deutschland gewisse Bestimmungen des Vertrages über die Kriegsbeschuldigten, über die Entwaffnung und über die erste Zahlung von 20 Milliarden verletzt habe. Sie bezeichnen ihre Maßnahmen als Sanktionen, zu denen ihnen die Bestimmungen des Vertrages das Recht gäben. Welche Bestimmungen dies seien, haben sie nicht gesagt. Es könnten nur die folgenden drei in Frage kommen: 1. der § 18 der Anlage zum Teil VIII; 2. der Schlußabsatz des Artikels 429 und 3. der Artikel 430.

Zunächst gestattet keine dieser Bestimmungen, deutschen Boden außerhalb des Gebiets westlich des Rheins und der Brückenköpfe neu zu besetzen.

Nach Artikel 429 darf nur die Zurückziehung der Okkupationstruppen aus dem besetzten Gebiet hinausgeschoben werden, wenn die Alliierten und Assoziierten Regierungen beim Ablauf der Besetzungsfrist die Sicherheit gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht als hinreichend betrachten. Nach Artikel 430 kann geräumtes Gebiet wieder besetzt werden, wenn Deutschland sich weigert, seine Reparationsverpflichtung zu erfüllen. Aus § 18 kann ein Recht zur Besetzung deutschen Gebietes überhaupt nicht hergeleitet werden. Dort ist die Rede von wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmaßregeln und „überhaupt von solchen Maßnahmen, die die Alliierten und Assoziierten Regierungen nach den Umständen für geboten erachten". Die Besetzung ist die schärfste Maßnahme, die zur Sicherung der Erfüllung eines Vertrages denkbar ist. Sie ist deshalb in einem besonderen Teil des Friedensvertrages, dem Teil XIV, der die erwähnten Artikel 429 und 430 enthält, eingehend und zwar gerade auch für den Fall einer Verletzung der Reparationsverpflichtung geregelt. Es wäre widersinnig, anzunehmen, daß die in den Schluß des § 18 aufgenommene allgemeine Wendung eine noch über die Bestimmungen des Teiles XIV hinausgehende Gebietsbesetzung rechtfertigen sollte. Vielmehr kann es sich dabei nur um **wirtschaftliche Maßnahmen** handeln.

Auch solche wirtschaftlichen Sanktionen können aber nach § 18 nur wegen Nichterfüllung der Reparationsverpflichtungen verhängt werden. Das Britische Schatzamt hat dies in dem in Abschrift anliegenden Schreiben vom 6. Januar 1921 ausdrücklich anerkannt. Auf Verstöße gegen Bestimmungen über die Kriegsbeschuldigten oder die Entwaffnung ist die Bestimmung also nicht anwendbar. **Ein Verstoß gegen die Reparationsverpflichtungen liegt nicht vor.** Der Termin, an dem nach Artikel 235 der Betrag von 20 Milliarden in bar oder in Sachleistungen an die Alliierten abgeführt sein soll, ist noch nicht eingetreten. Nach deutscher Schätzung erreichen überdies die deutschen Sachleistungen schon den vorgesehenen Betrag. Keinesfalls könnte hier von einer vorsätzlichen Vertragsverletzung die Rede sein.

Die als zweite Sanktion angekündigte teilweise **Beschlagnahme des Kaufpreises deutscher Waren würde** schließlich ausdrücklichen Zusicherungen widersprechen, die die Belgische und Britische Regierung wegen des Verzichts auf die Anwendung des § 18 gegeben haben. Die Erklärungen der beiden Regierungen sind hier beigefügt. Einen entsprechenden Beschluß hat auch die Italienische Regierung gefaßt und der Deutschen Botschaft in Rom amtlich mitgeteilt. Die Maßnahme wäre danach weder in Belgien und Italien noch, soweit es sich um Bankguthaben handelt, die aus Warenkäufen entstanden sind, im Vereinigten Königreich zulässig.

Was die dritte Sanktion betrifft, so ist die Einführung einer **eigenen Zollgrenze** in den Rheinlanden schon deshalb nicht als Strafmaßnahme anwendbar, weil Artikel 270 des Friedensvertrags sie davon abhängig macht, daß sie zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Rheinlandbevölkerung für erforderlich zu erachten ist. Der Ministerpräsident der Französischen Republik hat am 4. Februar in der Deputiertenkammer anerkannt, daß es sich hier um eine **über die Bestimmungen des Vertrages hinausgehende Maßnahme handeln würde.**

Es kommt hinzu, daß sich die Alliierten der Sanktionen gar nicht zu dem Zwecke bedienen, um die Erfüllung der angeblich verletzten Vertragsbestimmungen durchzusetzen. Die Alliierten haben offen erklärt, daß sie zur Anwendung von Gewalt schritten, weil sie den Eindruck gewonnen hätten, daß sich Deutschland den im Vertrage übernommenen Reparationsverpflichtungen böswillig entziehen wolle. Sie beabsichtigen, mit den Zwangsmaßnahmen Deutschland ihren Vorschlägen hinsichtlich der Art der Erfüllung der Reparationspflicht gefügig zu machen. Diese Vorschläge sehen eine vom Vertrag abweichende Regelung der Frage vor. **Eine Verpflichtung zur Annahme dieser Vorschläge besteht daher nicht.** Die Deutsche Regierung hat auch durch ihr Verhalten keinerlei Anlaß zu der Annahme gegeben, daß sie böswillige Absichten verfolge.

Die Alliierten sprechen davon, daß sie sich bei ihrem Vorgehen durch die Sorge um den Frieden der Welt leiten lassen. Dieses Vorgehen ist aber selbst eine unverantwortliche Störung des Friedens.

Bei der Errichtung des Völkerbundes, der die Beziehungen der Völker auf Gerechtigkeit und Ehre gründen, die gewissenhafte Beachtung der Verträge sichern und dem Rechte zur Herrschaft verhelfen soll, haben die Bundesmitglieder die Aufrechterhaltung des Weltfriedens als oberstes Ziel im Auge gehabt. Die Völkerbundsakte enthält demgemäß in Artikel 17 auch für den Fall von Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern und solchen Staaten, die nicht zum Bunde gehören, bestimmte Vorschriften, die eine Zuflucht zur Gewalt solange verhindern sollen, als nicht **alle Mittel einer friedlichen Lösung erschöpft sind.**

Die Deutsche Regierung, die die Völkerbundsakte mitunterzeichnet hat, richtet an den Völkerbundsrat das Ersuchen, die ihm obliegenden Schritte zur **Einleitung des in der Akte vorgesehenen Schlichtungsverfahrens** zu tun und dafür Sorge zu tragen, daß die von den Alliierten angewandten Gewaltmaßnahmen sofort aufgehoben werden. Die Deutsche Regierung genügt ihrerseits schon jetzt der Vorbedingung für die Durchführung des Verfahrens, indem sie für dieses Verfahren die Pflichten eines Bundesgliedes auf sich nimmt.

Das Verfahren wird ergeben, daß Deutschland, von dem ernsten Willen beseelt, seine Vertragspflichten nach besten Kräften zu erfüllen, keinen Anlaß zu der Friedensstörung gegeben hat.

Wahlerfolge in Reuß

Im Freistaat Reuß fanden am Sonntag die Gemeinderatswahlen statt. Der Wahlkampf wurde besonders heftig in Gera geführt, wo das vereinigte Bürgertum alle Mittel anwandte, um die sozialistische Mehrheit zu sprengen. Von 48 956 eingeschriebenen Wählern haben 44 713 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Ein Beweis dafür, daß fast der letzte Mann mobil gemacht wurde. Die letzten Wahlen fanden am 14. März 1920, also gerade während des Kapp-Putsches, statt. Die U. S. P. D. erhielt damals 16 638 Stimmen. Sie erhöhte bei der diesmaligen Wahl ihre Stimmen auf **18 066,** während die Kommunisten 2194 und die Rechtssozialisten 2381 Stimmen erhielten. Auf das Bürgertum entfielen 20 802 Stimmen. **Es stehen somit den 20 802 bürgerlichen Stimmen 23 635 sozialistische Stimmen gegenüber.** Gewählt sind 11 Vertreter der U. S. P. D., 2 Kommunisten und 1 Rechtssozialist.

Das Wahlresultat bedeutet einen großen Erfolg für unsere Partei. Der Bürgerblock unternahm einen Generalsturm auf die Position unserer Geraer Genossen, der nicht nur abgeschlagen wurde, sondern auch neue Errungenschaften zeitigte. Ein besonders erfreuliches Zeichen ist die Tatsache, daß in den Wahlbezirken mit vorwiegender Arbeiterbevölkerung mehr Frauen- als Männerstimmen für die sozialistischen Parteien abgegeben worden sind. Die proletarischen Frauen Geras haben damit einen Beweis für ihre politische Reife erbracht, der anspornend für das ganze Reich wirken muß. Auch in den übrigen Orten der Gebietsregierung Reuß hat die U. S. P. D. bei den Wahlen gut abgeschnitten. In vielen Orten verfügt die Partei über die absolute Mehrheit. Der Erfolg unserer Genossen ist in erster Linie den Organisationen zuzuschreiben, die trotz der Spaltung schlagfertig blieben.

Ein politischer Mord

Rache für die Armeniergreuel

Am Dienstag vormittag gegen 11 Uhr wurde in der Hardenbergstraße in Charlottenburg der frühere türkische Großwesier Talaat Pascha ermordet. Der Großwesier machte einen Spaziergang, als sich ihm ein jüngerer Mann in den Weg stellte, einen Revolver zog und mehrere Schüsse auf ihn abgab. Der Getroffene sank tot zu Boden. Der Attentäter warf nach vollbrachter Tat die Waffe weg und versuchte zu entfliehen. Passanten hielten ihn jedoch auf und verprügelten ihn, bis er bewußtlos zu Boden sank. Er wurde dann nach der Polizeiwache in der Mommsenstraße transportiert und von dort in das Polizeigefängnis Charlottenburg gebracht. Der Täter konnte nur gebrochen deutsch sprechen. Er soll den Namen Salomon Tellirian tragen und in Persien geboren sein.

Die Tat ist politischen Motiven entsprungen. Talaat Pascha war einer der Führer des jungtürkischen Komitees, welches die Türkei in den Krieg hineingerissen und das Land völlig zugrunde gerichtet hat. Zwischen dem jungtürkischen Komitee und den führenden Männern der Deutschen Kaiserlichen Regierung bestanden sehr enge Beziehungen. Als die Herrschaft der Jungtürken zusammengebrochen war, entflohen die Führer zumeist nach Deutschland und fanden hier ein gastliches Unterkommen. Ihre Tätigkeit während des Krieges benützten die führenden Jungtürken dazu, sich durch ungeheure Korruption bei der Vergebung von Heereslieferungen zu bereichern. Von dem Gelde, das sie dem türkischen Volke buchstäblich aus der Tasche gestohlen hatten, legten sie einen großen Teil im Auslande fest. Auch bei verschiedenen deutschen Banken sind derartige Summen deponiert, und mit Hilfe dieses Geldes können nun die politischen Verbrecher, nachdem sie ihr Land ins Unglück gestürzt haben, ein sorgenfreies Dasein führen. Wie gut es diesen Männern geht, beweist allein die Tatsache, daß der ermordete Talaat Pascha in der Hardenbergstraße eine Neunzimmerwohnung bewohnte.

Unter der Herrschaft Talaat Paschas wurden während des Krieges auch die grausamen Armenierschlächtereien vollbracht, denen mehr als eine Million Menschen zum Opfer fielen. Aus Rache für diese und andere Verbrechen wurde nun Talaat Pascha durch eine Kugel zu Boden gestreckt. Es ist nicht gerade ehrenvoll für die deutsche Republik, daß sie den türkischen Kriegsverbrechern Gastfreiheit gewährt. Den Vertretern des internationalen sozialistischen Proletariats gegenüber war sie nie so gastfreundlich.

Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit

Bei der Beratung des Etats des Verkehrsministeriums im Hauptausschuß des Reichstages erhob Abg. **Brennig** (U. S. P.) darüber Beschwerde, daß im Kreise Dobrilugk-Kirchhain für die Bergarbeiter keine ausreichende Beförderungsgelegenheit geschaffen werde, anscheinend deshalb nicht, weil die Eisenbahndirektion Halle durch Gerbereibesitzer beeinflußt werde, die durch mangelnde Verkehrsgelegenheit zu verhindern trachten, daß die Arbeiter in die Bergbaubetriebe gehen, wo sie höhere Löhne erhalten. — Frau Abg. **Wurm** (U. S. P.) weist auf die unzureichende Zollabfertigung in Passau hin. Die Regierung erkennt die Beschwerde als berechtigt an und verspricht Abhilfe nach Ausbau des Passauer Bahnhofes.

Bei Bewilligung eines Beitrags von 500 000 M. für die Unterhaltskosten des Augusta-Viktoria-Hauses für die Säuglingssterblichkeit beantragt Frau **Wurm** die Erhöhung der Summe auf 2½ Millionen Mark. Davon sollen 2 Millionen für die allgemeine Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und für die Kleinkinderfürsorge verwendet werden. Nach langer Debatte wird dieser Antrag mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen. Der Abbau des Reichswanderungsamts durch sofortige Verringerung der Stellen für höhere Beamte wird beschlossen.

Beseitigung der Vorschulklassen

Die finanziellen Schwierigkeiten, die sich der Durchführung des Grundschulgesetzes besonders in Preußen entgegenstellten, sind beseitigt. Es werden demnach der Vorschrift des Paragraph 2 Absatz 1 des Grundschulgesetzes entsprechend in allen Ländern die untersten Klassen der öffentlichen Vorschulen (Vorschulklassen) **spätestens vom Beginn des Schuljahres 1921-22 an nicht mehr geführt werden.**

Also doch! Danach hören die Vorschulen am 1. April dieses Jahres auf zu existieren.

Helft den notleidenden Kindern!

Genosse Ledebour teilt uns mit:

Ein in Schweden ansässiger Deutscher, namens Ernst Harbeck sen. in Partille, der zwar nicht unserer Partei angehört, aber von tiefem Mitgefühl für die notleidenden Kinder des Proletariats erfüllt ist, übersendet mir einen Scheck von 1000 M. zur Verwendung für die notleidende Jugend. Im Einverständnis mit der Parteileitung habe ich das Geld an die Vereinigung Proletarischer Kinderfreunde überwiesen mit der Maßgabe, daß es für Nahrungsmittel zur Ernährung von Kindern verwandt wird. Indem wir dem Geber unseren Dank aussprechen, geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß sein Beispiel Nachahmung findet.

Zur Vorgeschichte des Krieges. Von zuständiger Seite wird der „Dena" mitgeteilt: Die Sichtung und Zusammenstellung der Akten des Auswärtigen Amtes zu den Ursachen des Weltkrieges ist nach mehr als einjähriger Arbeit abgeschlossen; die Drucklegung der ersten Bände, die im wesentlichen den Zeitraum von 1878 bis 1901 umfassen, ist im Gange; mit dem Erscheinen des Gesamtwerkes von voraussichtlich 15 Bänden ist im Laufe des Jahres sicher zu rechnen.

Die 15 Bände sollen 4000 Urkunden enthalten. Je größer die Sammlung, um so sicherer sind die entscheidenden Dokumente darin beraten.

Albanien und Jugoslawien. In Belgrad ist eine Abordnung arnautischer Stämme eingetroffen, die die jugoslawische Regierung ersuchen will, Albanien dem Königreich einzugliedern.

Deutscher Reichstag

88. Sitzung, Dienstag, den 15. März

Zuerst werden kleine Anfragen beantwortet.

Abg. Frau Zietz (U. Soz.) verlangt Auskunft über den Verbleib von 4½ Millionen Mark, die vom Reichsverband für See- und Küstenfischer aufgebracht wurden, um den aus dem Felde heimkehrenden Mitgliedern die Wiederaufnahme des Fischereibetriebes zu ermöglichen. Die Summe wurde dem Reichskommissar für Fischversorgung, Herrn von Flügge, übermittelt, die Fischer Cuxhavens aber konnten trotz eifrigster Nachforschung nicht erfahren, wo das Geld geblieben ist. **Die Reichsregierung wußte bisher von dieser Summe nichts und erklärt, einige Zeit zu brauchen, bis Aufklärung geschaffen werden kann.**

Der Haushaltsplan für 1921

Auf der Tagesordnung steht dann die erste Beratung des Reichshaushaltsplans für 1921 in Verbindung mit Gesetzentwürfen zur Aenderung des Zündwarensteuergesetzes und des Zuckersteuergesetzes, sowie zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes, schließlich der Entwurf eines Süßstoffgesetzes. Der Haushaltsplan geht an den Hauptausschuß, die Steuervorlagen an den Steuerausschuß.

Reichsministerium des Innern.

Die Aussprache beim Reichsministerium des Innern wird fortgesetzt.

Präsident **Löbe:** Die Redner der zweiten Rednerreihe sollen nur 30 Minuten sprechen, denn es muß möglich sein, im Laufe der Woche die Haushaltspläne für 1920 und 1921 zu erledigen. Das geht nur, wenn die Redner sich Einschränkungen auferlegen, die Fraktionen in beschlußfähiger Anzahl anwesend sind, und wenn der Geschäftsführung auch sonst keine Schwierigkeiten gemacht werden. Wir wollen dann nach den Osterferien ohne die bisherige Hetzerei in gründlicher Weise an die gesetzgeberischen Arbeiten herangehen, und wir wollen unsere Zeit so einteilen, daß die Abgeordneten auch ihren anderen Geschäften nachgehen können. (Beifall.) Die Plenarsitzungen sollen dann täglich nur von 2—6 Uhr stattfinden, und alle 14 Tage sollen ein Sonnabend und ein Montag sitzungsfrei sein. Wir wollen wieder zu einer geordneten Arbeitsweise zurückkehren. (Beifall.) Dann werden auch die Herren der Presse uns die Versündigung am Achtstundentag verzeihen. (Heiterer Beifall.)

Abg. **Hofmann-Ludwigshafen** (Zent.): Die Ausgestaltung des Schulwesens ist Sache der Länder, wir sind grundsätzlich gegen die Reichsschulen. **Religion ist ordentliches Lehrfach, da gibt es höchstens Dispens, aber nicht positive Anmeldung. Wir machen keine weiteren Schulkompromisse wie in Weimar.**

Abg. **Beuermann** (D. Vp.): Die Vorrede zu dem Abdruck der Verfassung für die Schulentlassenen muß man beseitigen oder von einem Pädagogen (!) schreiben lassen. Staatsbürgerkunde muß getrieben werden, aber im Sinne der Volksversöhnung.

Staatssekretär **Schulz:** Dem allgemeinen Drängen auf kulturelle Fortschritte steht leider die Verarmung des Reiches entgegen. Der erste Versuch, ein einheitliches Schuljahr durchzuführen, ist am Widerstand Bayerns gescheitert. Dort hat man sogar Plakate dagegen verbreitet. (Der Staatssekretär weist auf ein großes Plakat auf dem Tisch des Hauses hin, das aus München stammt: „Es geht um die Zukunft unserer Jugend!"

Abg. Dr. Löwenstein (U. S.):

Die Verherrlichung des Reichsministers des Innern als Kultusministers durch den Abg. Leicht klang mir wie bittere Ironie. Uns erscheint der Minister doch mehr als Religionsminister alten Stiles. Es liegt im Wesen der heutigen Demokraten, der in die Reihen der Besitzenden eingezogenen Nachkommenschaft der Achtundvierziger, sich nach rechts anzugleichen. Geschäftigkeit herrscht genug im Reichsministerium des Innern, aber es fehlt an einer aus der Not der Zeit herausgeborene Idee und an der Entschlußkraft ihrer Durchführung. Der Reichsminister bekommt föderalistische Anwandlungen nur dann, wenn es sich darum handelt, reaktionäre Vorrechte einzelner Länder zu schützen. Der bürgerliche Politiker von größtem Ausmaß, Herr Stinnes, der ein Symbol darstellt für die machtpolitische Idee des heutigen Kapitalismus, kümmert sich nicht um Kulturpolitik. Ihm ist es auch nicht so sehr um nationale Bedenken zu tun als um die Aufrichtung einer vielleicht internationalen Wirtschaftsmacht. Dem stellen wir die Einheitsfront des internationalen Proletariats entgegen. (Zurufe rechts.) Nein, hier handelt es sich nicht um den Haß gegen einen einzelnen Mann, sondern um die Erkenntnis der beiden maßgebenden Mächte der Gegenwart aus ihrer geschichtlichen Notwendigkeit heraus. **Der Aufstieg der Tüchtigen scheitert an den Vorrechten der Besitzenden und an finanziellen Hindernissen.** Unser Antrag auf obligatorischen Besuch der Schulkindergärten soll der erste Schritt sein zu einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft und einem einheitlichem Ausbau des Schulwesens. (Lebhafter Beifall bei den U. S.).

Abg. **Sivkovich** (Dem.): Wir wünschen eine wahrhaft nationale Schule, wollen aber die Mitwirkung der Familie nicht ausschalten.

Abg. **Müller-Franken** (Soz.): Am nächsten Sonntag findet die Abstimmung in Oberschlesien statt; da fürchten nun die Beamten und Arbeiter, die sich für Polen eingesetzt haben, daß sie terrorisiert werden, wenn die Abstimmung, wie wir hoffen, für Deutschland ausfällt. Nach dem Friedensvertrag ist eine Maßregelung unzulässig, wir halten aber eine Erklärung des Reichsministers für wünschenswert.

Reichsminister des Innern **Koch: Die Reichsregierung denkt nicht daran, nach der Abstimmung irgendeine Politik der Rache zu treiben.** (Beifall.) Wir wollen es nicht so machen, wie Herr Korfanty, der heute bereits denjenigen, die sich für Deutschland eingesetzt haben, Rache angedroht hat.

Abg. **Fröhlich** (Kom.) ergeht sich in Beschimpfungen und ruft lebhafte Entrüstung der Rechten hervor. Er tritt unter lebhaftem ironischen Beifall der Rechten ab.

Abg. Ledebour (U. S.):

Gegenüber den Behauptungen des Abg. Levi werde ich das Tatsachenmaterial vortragen, das die Berechtigung meiner Behauptung von der Mörderzentrale rechtfertigt. Meine Ausführungen auf der Reichskonferenz der U. S. P. über den Abg. Däumig brachte mir einen Brief ein. (Redner verliest den Brief, den wir s. Z. wörtlich veröffentlicht haben, Red. d. „Freih.".) In dem Brief wird Ledebour, Hilferding, Kautsky usw. das Erschießen angedroht. Der erste Eindruck des Lesens des Briefes ist der, daß er Blech enthält, aber gegenüber sonstigen Drohungen ist hier doch die Sache ernster. Der Brief stammte doch von einem der damaligen Parteifreunde von mir. Wir haben deshalb die Sache untersuchen lassen. **Drei erfahrene Rechtsanwälte wirkten mit und stellten fest, daß der terroristische Briefschreiber erklärt habe, in der Parteiorganisation bestehe eine Geheimorganisation zur Beseitigung unbequemer Personen.** (Zwischenrufe der Komm.) Ich bin durch die Angriffe Levis gezwungen, mich hier gegen diese Angriffe zu wehren. Wenn Sie weiter mich dauernd unterbrechen, so zeigen Sie, daß Sie keine Aufklärung wünschen. (Die Verlesung der Stelle des Briefes, bei der der Verfasser von seiner Geisteskrankheit spricht, erweckt große Heiterkeit.)

Genau nach diesem Rezept ist Abg. Haase ermordet worden. Jemand, der geisteskrank sein wird, verübt dieses Verbrechen, weil er weiß, daß er straffrei bleibt. Der Mörder Haases ist laufen gelassen worden, der § 51 StrGB. soll bei ihm vorliegen. Er wurde deshalb nicht vor Gericht gestellt. Es ist damals unterlassen worden, dem Fall nachzugehen, auch seinen Komplizen ist nicht nachgespürt worden. Daß das andere erst auf die Vermutung hätte bringen können, daß bei Ausübung terroristischer Akte jemand, der den Freischein des § 51 besitzt, das geeignete Werkzeug ist, brachte die Anwälte zu der Ueberzeugung, daß dieser Fall veröffentlicht werden mußte. Diese Veröffentlichung sollte Abhilfe schaffen. Aber bei den Kommunisten rührt sich kein Wort der Entrüstung über diese Absichten des Briefschreibers, sondern nur Entrüstung über Veröffentlichung durch uns. Wir wollen nicht die Strafverfolgung des Briefschreibers, ich habe deshalb das Zeugnis verweigert, wir wollen nur Abhilfe gegen diese terroristische Methode und gegen die moralische Verlotterung. Niemals sind die Kommunisten gegen diese Nichtswürdigkeit aufgetreten. (Sehr richtig b. d. U. S.)

Was ist Ditzmann und Dittmann passiert? Das ist die Folge des Predigens von Terror gegenüber den eigenen Parteigenossen. Das Attentat auf Dittmann und Ditzmann war planmäßig organisiert. **Sie (zu den Komm.) freuen sich ja noch darüber, daß Ihnen diese Anschläge so geglückt sind.** Ich mache nicht die gesamte kommunistische Partei dafür verantwortlich. Es gibt auch Leute in der kommunistischen Partei, die sich schämen würden, sich so zu benehmen, wie Herr Düwell und Herr Abg. Fröhlich, den ich heute erst kennen gelernt habe.

Ich habe im Prozeß gegen mich auch von Mörderzentralen im Eden-Hotel gesprochen. Auch jetzt spreche ich in diesem Sinne von Mörderzentrale. (Crispien ruft: Hoffmann weiß es genau. Hoffmann ruft: Du Lump. Große Erregung im ganzen Hause.) Wenn jemand zu solchen Taten auffordert und Sie schütteln diese Leute nicht ab, so machen Sie sich daran mitschuldig. Als Wels am 24. Dezember 1918 in Gefahr war, habe ich mich für ihn verwendet, und er wurde daraufhin freigelassen. Ich habe mein Leben immer aufs Spiel gesetzt, und jetzt schmähen mich die Moskauer. **Ich werde stets gegen Prediger des Terrorismus auftreten und dafür sorgen, daß diese Seuche des Terrorismus unter der Arbeiterschaft ein Ende nimmt. Ich hoffe, daß die deutsche Arbeiterschaft daraus die Lehren zieht und eine große revolutionäre Arbeiterpartei bildet.** (Lebh. Bravo b. d. U. Soz.)

Abg. Dr. **Levi** (Komm.): Solche Briefe wie Ledebour, habe ich auch erhalten und habe sie in den Papierkorb geworfen. Die ganze kommunistische Mörderzentrale ist ja lediglich sein Phantasieprodukt. (Zuruf Adolph Hoffmanns: Heraus mit die Beweise! Stürmische Heiterkeit.) Wenn Ledebour behauptet, daß die Mörder Haases Kommunisten waren, so ist das eine elende Verleumdung. (Lärmender Widerspruch Ledebours, der erklärt, der Redner solle seine Worte nicht umdrehen.) Ich kann dem Abg. Ledebour nur eines sagen: Armer Teufel! (Heiterkeit.)

Abg. **Hoffmann** (Komm.): **Der Justiz mache ich den Vorwurf, daß sie den gemeingefährlichen Mörder Haases in keiner Anstalt untergebracht hat, obwohl er gedroht hat, auch Dittmann und mich zu ermorden. Ich habe auch Hunderte von Briefen mit Todesurteilen bekommen, ich hebe sie aber nur als Spezialitäten auf.** Herr Ledebour braucht eben wieder einmal eine Pose als Märtyrer, um das ramponierte Ansehen seiner Partei wieder etwas aufzufrischen.

Damit schließt die Aussprache.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Schiffer (Dem.): Namens meiner politischen Freunde habe ich Verwahrung einzulegen gegen den Mißbrauch mit den letzten Stunden des Reichstags. (Zustimmung rechts und in der Mitte. Abg. Ledebour: Das hätten Sie gestern sagen sollen!)

Abg. Dr. **Levi** (Komm.): **Herr Schiffer hat vollkommen Recht,** aber nachdem der Minister seine Spitzelorganisation gegen die Kommunisten auf Ledebours Angaben aufgebaut hat, war es unsere Pflicht, diesen Zusammenhang aufzudecken.

Abg. **Dittmann** (U. S.) persönlich: **Herr Düwell (Komm.) hat gestern erklärt, daß er Ledebour zu einer weiteren Aussprache provozieren würde, wenn er sich noch nicht zum Wort gemeldet hätte. Ledebour war also gezwungen, zu antworten.**

Nach einer weiteren persönlichen Bemerkung des Abg. Schiffer (Dem.) stellt Abg. Ledebour fest, daß aus seinen Ausführungen kein Ausnahmegesetz abgeleitet werden könne. Wenn jeder Angriff auf Mißstände in einer Partei zu Ausnahmegesetzen führen würde, könnte man überhaupt keine Kritik mehr üben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Aderhold (U. S.), die Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr schleunigst durchzuführen und dem Reichstag den Notenwechsel zwischen Bayern und dem Reich vorzulegen, mit den Stimmen der sozialistischen Parteien gegen die spärlich vertretenen bürgerlichen Parteien angenommen. (Bravo und Heiterkeit links.) Einstimmig angenommen wird der Antrag, einen Gesetzentwurf einzubringen zur Regelung des Verfahrens beim Volksentscheid, sowie der Antrag auf Bestrafung der Schuldigen an der Verhaftung der Abgg. Colshorn (Welfe) und Schiele (Dnat.).

Abg. Kniest (Dem.) begründet dann eine Entschließung, in der schleunige Maßnahmen gegen alle Kommunalisierungen gefordert werden, die den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand bedrohen.

Vizepräsident Dr. Bell: Nach dem Beschluß des Aeltestenrats soll der Etat des Reichsministeriums des Innern unter allen Umständen noch zu Ende gebracht werden. Es stehen noch 33 Redner auf der Liste. Ich fordere daher die vorgemerkten Abgeordneten auf, sich möglichst von der Liste streichen zu lassen oder sich zum mindesten auf möglichst kurze Ausführungen zu beschränken.

Abg. Henke (U. S.):

polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Kniest. Bei dem Bestreben der demokratischen Partei, den Mittelstand zu schützen durch Eintreten für die Entkommunalisierung, sieht man deutlich den Schmerz über die Ueberwanderung ihrer Wähler nach rechts. Der Kleinbürger hat eben von jeher keinen festen politischen Standpunkt gehabt. Doch auch mit dem demokratischen Antrag wird man die ökonomische Entwicklung nicht aufhalten können. Uebrigens hat bei der Behandlung des Reedereiabfindungsvertrages die demokratische Partei sich gar nicht so mittelstandsfreundlich erwiesen, sondern sich nur für das Interesse der großen Reeder eingesetzt. **Von dem Erfolge der Kommunalisierung in der Vorkriegszeit haben die Vorredner überhaupt nicht gesprochen,** weil sie eben grundsätzliche Gegner der Kommunalisierung sind. Im Frieden sind von den kommunalisierten Betrieben immer genügende Ueberschüsse erzielt worden. Die Baugenossenschaften haben oft trotz billigerer Arbeit günstiger abgeschlossen als die Unternehmer. Das gilt auch gegenwärtig von den sozialen Baubetrieben. Die Kommunalisierung kann man aufhalten, aber nicht dauernd verhindern. Wir lehnen den demokratischen Antrag ab.

Abg. Löwenstein (U. Soz.): In Ergänzung der Worte meines Vorredners möchte ich feststellen, daß die Aufführung des „Reigens" gerade in der Deutschen Tageszeitung besonders auffallend annonciert wurde. Im übrigen glaube ich, daß (nach rechts) Ihre Einstellung eine durchaus falsche ist. Man kann den Schmutz nicht durch Polizeimaßnahmen bekämpfen. Die Zustände, die wir in dieser Beziehung heute haben, sind Folgen des kapitalistischen Raubbausystems, und der Weltkrieg hat als Verschärfung hier das übrige getan. Wenn Sie ernsthaft gegen den Schmutz wirken wollen, dann bekämpfen Sie doch zuerst in Ihren Reihen die unglaubliche

antisemitische Schmutz- und Schundliteratur.

Gegen den Schmutz verspreche ich mir nur etwas davon, wenn man positiv Gutes schafft, wie es z. B. in der „Freien Volksbühne" geschaffen worden ist. Dort finden Sie den proletarisierten Mittelstand und die Arbeiterschaft, ebenso bei den „Proletarischen Feierstunden". Der moralischen Zersetzung unserer Zeit arbeitet man nicht durch Zensur und Polizeimaßregeln, sondern durch positiven Aufbau entgegen. Warum stimmt die Rechte nicht unseren Anträgen auf Kommunalisierung der Kinos und Theater zu? Eine allmächtige Zensur könnte zu Konsequenzen führen, die auch der Rechten unangenehm sind, z. B. zu einer Zensurierung des alten Testamentes. Die Lehrerbildung muß vereinheitlicht werden, und beim Neuaufbau der Schule wollen wir die produktive körperliche Arbeit mit der geistigen verbinden und aus die wirklich Berufenen zu Lehrern heranbilden. Man sollte uns unterstützen in unserem Bestreben, eine wirkliche sittliche Kultur zu schaffen, auf dem ökonomischen Unterbau eines arbeitsfreudigen, unter gesunden Verhältnissen lebenden Proletariats. (Lebhafter Beifall bei den U. Soz.)

Reichsminister des Innern Koch: Die Anregung des Vorredners lehne ich nicht ohne weiteres ab, halte aber das Plenum nicht geeignet zur Erörterung.

Angenommen werden die Entschließungen Schreiber (Zentr.), die eine Denkschrift über die Maßnahmen zur Förderung planmäßiger Leibesübungen, sowie den Betrag von 200 000 M. für eine pädagogische Auskunftsstelle bei der Abt. 3 des Ministeriums fordern.

Luther (D. Vp.) wendet sich gegen die unabhängigen Anträge auf Abschaffung des Religionsunterrichtes und bestreitet, daß die ökonomischen Verhältnisse der Grund für den sittlichen Verfall sind.

Abg. Löwenstein (U. Soz.) wendet sich gegen die Lehrbücher, die zum großen Teil zu monarchistischer Propaganda mißbraucht werden. Den Antrag Stresemann auf Unterweisung der Schulkinder im Friedensvertrage halten wir für überflüssig und gefährlich und lehnen ihn deshalb ab. Dagegen treten wir für wirtschaftliche Vorträge und staatsrechtlichen Unterricht ein. Der Zugang zum öffentlichen Dienste darf nicht von der Absolvierung einer bestimmten Schule abhängig sein. Gegen den Moralunterricht und gegen den Religionsunterricht sind wir auch aus politischen Gründen. Das vorläufige Religionskompromiß muß beseitigt werden und endlich die religionslose Normalschule eingeführt werden, da aus dem jetzigen Kompromiß jeder herauszuholen sucht, was herauszuholen ist, besonders die geschickten Zentrumspolitiker.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Deermann (Bayer. Vp.) begründet Abg. Hollmann (Soz.) die Stellung seiner Fraktion zu den Entschließungen.

Die Verhandlungen dauern bis in die späten Nachtstunden fort. Mittwoch 1 Uhr: Reichswirtschaftsministerium.

Soldatenschinder Hiller vor Gericht

In der gestrigen Sitzung des Prozesses gegen den Oberleutnant Hiller wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt. Professor Dr. Krause sagte aus: Als ich Hiller untersuchte, stellte ich fest, daß er 1916 ein nervöser, gereizter Mensch war. Zu dieser Erregung trugen seine Kopfverletzungen zweifellos bei. Er ist eine psychopathische Persönlichkeit von typischer Erregbarkeit. Es kann keine Rede sein, daß der Angeklagte geisteskrank ist, aber neigt zu impulsiven Handlungen. — Rechtsanwalt Dr. Hirschfeld: Glauben Sie, daß der Angeklagte im Affekt nicht gewußt hat, was er tat? — Professor Dr. Krause: Nein, er hat sicher die Vorstellung seiner Handlungsweise. **Der Sachverständige kommt zu dem Schluß, daß § 51 keine Anwendung finden kann.**

Dann wird der Schlosser Orthmann vernommen, der bei der 12. Kompagnie Krankenträger war. Der Zeuge war von Dr. Müller krank geschrieben, aber Hiller zerriß den Krankenschein. Hiller behauptete, daß Helmhake nicht krank sei, sondern nur markiere. — Vors.: War Helmhake sehr krank, als Sie ihn zur Latrine führten? — Zeuge: Er blickte ganz starr, er war krank. — Vors.: Sahen Sie, daß Hiller den Helmhake geohrfeigt hat? — Zeuge: Den Helmhake nicht, aber bei anderen sah ich es. — Vors.: Helmhake soll auf Befehl kein Essen bekommen haben? — Zeuge: Das weiß ich nicht.

Die Behauptung des Angeklagten, daß er keine Schuld daran trage, wenn Helmhake nichts zu essen bekommen habe, wurde durch die Vernehmung des derzeitigen Bataillonsadjudanten von Samnitz widerlegt, der aussagt, daß die Kompagnien für ihre Arrestanten zu sorgen hatten.

Helmhake hat simuliert!

Verteidiger: Hatten Sie den Eindruck, daß Helmhake simulierte? Zeuge: Jawohl.

Zeuge Vizefeldwebel Schwieder sagt ebenfalls aus, daß die Verpflegung der Arrestanten Sache der Kompagnien gewesen sei.

Zeuge Kapper: Helmhake war sehr krank und mußte zur Latrine geführt werden. Der Angeklagte beschimpfte Helmhake und gab ihm einen Stoß. **Daß Helmhake nichts zu essen bekam, war auf einen Kompagniebefehl zurückzuführen.**

Zeuge Knöfler: Helmhake war sehr krank und wurde von zwei Soldaten aus dem Erdloch gezerrt. Hiller schrie: **Mußt du laufen, du Schwein. Ist das Mistvieh noch nicht verreckt. Treiet ihm doch in den A— — —!** Mit diesen Worten trat der Angeklagte dem Helmhake ins Gesäß. Zu einem Vizefeldwebel sagte Hiller:

„Sorgen Sie dafür, daß die Kerle nichts zu fressen und zu saufen bekommen!"

Schließlich ging ich weg, um nicht länger das widerliche Schauspiel ansehen zu müssen. Nach dem Tode Helmhakes besserte ich Hiller in seinem Unterstand Kleider aus. Unterarzt Müller kam in den Unterstand und unterhielt sich mit Hiller über den Tod Helmhakes. Müller hatte ein Schriftstück vor sich. Als Todesursache Helmhakes wurde damals von Müller gesagt:

„Tod durch Erfrieren, Wiederbelebungsversuche durch Abreiben mit Schnee erfolglos!"

Hiller sagte: **„Wir müssen uns vorsehen, daß uns bei dieser Geschichte niemand an den Wagen fahren kann!"** Der Unterarzt hielt es für bedenklich, daß Helmhake nichts zu essen erhalten hatte. Hiller sah damals ein, daß er einen Fehler gemacht hatte.

Diesem Zeugen versuchte der Verteidiger nachzuweisen, daß er im früheren Prozeß anderslautende Aussagen gemacht habe. Der Zeuge verwahrt sich ganz energisch dagegen, denn es gäbe nichts zu verheimlichen oder zu vertuschen. Der Vorsitzende stellt an Hand des Protokolls fest, daß der Zeuge früher genau dieselben Angaben gemacht habe.

Unterarzt Müller sagt aus, daß er nicht glaube, einen Bericht im Sinne der Aussagen Knöflers gemacht zu haben. — Zeuge Siebert schildert den Angeklagten als brutalen und herrischen Vorgesetzten. Der Zeuge hat ebenfalls gesehen, daß Hiller dem angebundenen Helmhake ins Gesicht geschlagen hat, und zwar so, daß er blutete. Der Zeuge behauptet weiter, bestimmt sich erinnern zu können, daß Hiller verboten hat, Helmhake Essen und Trinken zu reichen. Hiller wäre öfter betrunken gewesen und hätte die Mannschaften durch nächtlichen Alarm schikaniert.

Die Aussagen des letzten Zeugen versucht der Angeklagte zu entkräften mit der Behauptung, der Zeuge sei nicht sehr gebildet und von Beruf Bergmann. Er habe sich die Aussagen einstudiert.

Zeuge Ziemer, der nach dem Tode von Helmhake zur Kompagnie des Angeklagten gekommen war, teilt mit, daß er gesehen habe, wie Hiller einem gewissen Büschel mit dem Gewehr über den Rücken geschlagen habe und zwar derart, daß der Kolben abbrach. — Zeuge Hoppe: Als Helmhake angebunden war, rief er Hiller nach, er sei unschuldig. Hiller antwortete: Halt die Schnauze, du Lügner. Helmhake schrie darauf: Ich denke, es herrscht im Feld Kameradschaftlichkeit. Nach diesen Worten des Helmhake stürzte sich Hiller auf den Soldaten, schlug ihm ins Gesicht und trat ihm in die Schienbeine. — Zeuge Kleinhöhl: Als ich zur Kompagnie kam, fiel mir der Ton des Angeklagten auf; die Leute wurden geschlagen. Im Arrestloch wimmerte Helmhake und schrie, daß man ihm helfen solle. Als Helmhake aus dem Loch herausgeholt wurde, konnte ich als Laie feststellen, daß Helmhake sehr krank war.

Die Zeugen von Gilsa, von Hake, Hauptmann a. D. Sieg, Kahr, Mehnert und Weber können zur Sache selbst keine wesentlichen Angaben machen. Sie sind Kameraden des Angeklagten und schildern ihn als schneidigen und tüchtigen Offizier.

Zeuge Hammer: Der Onkel des verstorbenen Helmhake glaubt, daß die Behandlung den Tod des Helmhake beschleunigt habe. Die Eltern des Helmhake treffe eine gewisse Schuld, daß sie es zugegeben hätten, daß Helmhake Soldat wurde. Vorsitzender: Das hängt doch von der militärärztlichen Untersuchung ab, ob jemand Soldat wird oder nicht. Zeuge: Jawohl! Nach der Vernehmung dieses Zeugen wird die Verhandlung auf heute vormittag 10 Uhr vertagt.

Sommerzeit in Frankreich. Vom 15. März ab ist in Frankreich die Sommerzeit eingeführt.

[illegible]manol, von vorzüglicher Wirkung
bei rheumatischen Erkrankungen
Zu haben in den Apotheken

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 U.: Käthchen von Heilbronn

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ U.: Der Mann Fjodor

Staatstheater.
Opernhaus
6½ Uhr:
Cosi fan tutte
Schauspielhaus
7 Uhr: Der Sturm

Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
8 Uhr: Cäsar u. Kleopatra
Kammerspiele
7½ U.: Frühlings Erwachen
Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 U.: Der Kaufmann von Venedig (17. Abteilung, 4. Abend)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.:
½8 Uhr: Erdgeist (Orska)
Donnerstag: Salome
Freitag: Jekaterina Iwanowna
Sonnabend: Salome

Komödienhaus:
½8 Uhr: Das weiße Lämmchen
mit Max Pallenberg

Berliner Theater:
Die Spanische Nachtigall
½8 Uhr: mit Emmy Sturm, Waßmann, Roberts, Kiper

Trianon-Theater
Täglich ½8 Uhr:
Die Gesellschaft des Abbé Chateauneuf
(Leopoldine Konstantin, Ilka Grüning, Hansi Burg, Herm. Vallentin, Julius Falkenstein)
Hierauf: Abschiedssouper

Residenz-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer
von Oscar Wilde
(Arnstädt, Sandrock, Treßle, Koroß, Falkenstein, Otto, Mamelok)

Kleines Theater Unter den Linden 44
Täglich 7½ Uhr:
Casanovas Sohn

Komische Oper
Allabendlich 7½ Uhr:
Zigeunerblut

Rose-Theater
Erstaufführung:
7½ Uhr: Der Strom

Thalia-Theater
Täglich 7½ Uhr:
Mascottchen

Theater am Nollendorfplatz
7 Uhr:
Wenn Liebe erwacht ...

Walhalla Theater
Täglich 7½ Uhr:
Der Vogelhändler

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky
7½ U.: Ein idealer Gatte
(Durieux, Götz, Loos)
Donnerstag 7: Zum 1. Male:
Der Frauenmut
(Dorsch, Sattler, Junkermann)
Freitag 7½: Der Frauenmut
Sonnab. 7½: Ein idealer Gatte
Sonntg. 7½: Der Frauenmut

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
(Max Adalbert)

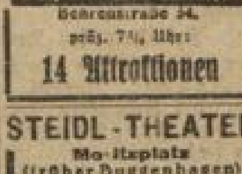
½8 **Casino-Theater** ½8
Der Großfürst
Sonntag 3½: Höllenqualen

½8 **Folies Caprice** ½8
(am Oranienburger Tor)
Nacktkultur
mit Ferd. Grünecker.

7½ Apollotheater 7½
Sensations-Ausstattungsschau
Madame Dubarry's Liebesleben
mit der weltberühmten
Saharet

Theater a. Kottb. To
Tel. Moritzplatz 16077
Tägl.: 7½, und zu halben Preisen Sonntag nachm. 3 Uhr:

Elite-Sänger
Größter Lacherfolg „Burck's Kietsamt"
Vorverk.: 11—1½, u. 4—6 Uhr u. Leipziger Straße 51.



Behrenstraße 54.
präz. 7½ Uhr:
14 Attraktionen

STEIDL-THEATER
Moritzplatz
(früher Buggenhagen)
Dir.: J. Wreschinski
Täglich:
Fritz Steidl-Sänger
Fritz Steidl, Kurt Reising, Max Grothe, Rob. Stephan usw. Zum Schluß: Erlebnisse eines Verstorbenen
Ulkiade von Fritz Steidl
Hotzel-Orchester / Anf. 7½ U.
Preise inkl. Steuer von 1.10—6.50 Mk.
Sonntag-Nachmittagsvorst. halbe Kassenpreise
Vorverkauf täglich von 11—1 Uhr a. d. Kasse

SCALA
LUTHERSTRASSE
DIE VARIÉTÉ-BÜHNE 7³⁰

Residenz-Kasino
Blumenstraße 10
Täglich:
Großer Geisha-Ball
Nur für die ältere Jugend

Sie sparen Kohlen
durch
Persil
das selbsttätige Waschmittel
denn die Wäsche wird weiß und frisch nach einmaligem kurzen Kochen

Preis das Paket nur Mark 4.00

Hersteller: Henkel & Cie., Düsseldorf

Säle für Versammlungen, 50—200 Personen
Gute Verpflegung :: **Hackescher Hof,** Rosenthaler Str. 40/41 :: Norden 3215

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit"
Breite Straße 8—9.

Interessante Beschäftigung
finden Knaben v. 12—15 Jahren, wenn sie das Buch „Mein Handwerkszeug" zu Hilfe nehmen. Zu beziehen gegen 2.40 Mk. u. Porto von der Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9.

Spezialarzt
Dr. med. Klohn
Roßstraße 47 p., 10-7 (auch Dienst.), Stg. 10-2. Gonorrhöe, Blasen-, Harnleiden, Syphilis, Frauenleid., Blutunters. Beste, dauernde Heilerfolg. Schmerzlose Behandlung in kürzester Zeit ohne Berufsstörung.

Spez.-Beh. nur für **Ischias**
in Hüft., Gesäß u. Bein. Da schw. Fälle in 15 Tagen beseit. w., hierüber unantastb. Heilerf. besteh. u. Referenzen. Invalidenstr. 108, von 9—3. **Jacoby**

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. Vers. San. Artikel Cg. Engelbrecht, München S 72, Kapuzinerstr. 9

Raucherdank!
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst. Vers. San. Artikel Cg. Engelbrecht München S. 21, Kapuzinerstr. 9.

Schlaflosigkeit, nervöse Unruhe und Erregungen, Herzbeschwerd. werden behoben durch Baldramentaus heilsamen Pflanzenkräften, die natürlichste Medizin zur Beruhigung der Nerven. M. 10.50 M. **Otto Reichel,** Bln. 40 30, Eisenbahnstr. 4

Händler! Händler!
Seife und Reinigungsmittel
sehr billig
Doppelriegel 2.70 Mark
Diek, Kl. Frankfurt. Str. 13, Ecke Landsberger Str.

Schlafzimmer
eichenes, Spiegelschrank, Marmortoilette mit Facettespiegel, Nachttische, Bettstellen mit Stahlmatratzen, Rohrstühle 3850, ; dasselbe weiß lackiert 3500,—. Herrenzimmer, 2 m Bibliothek komplett 4650,—. Speisezimmer gediegene Ausführung, mit 6 echten Lederstühlen 4250,—. Kücheneinrichtung 875,—. Klubgarnituren 4000,—, nußbaum Standuhren 1300,—. Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmereinrichtungen u. Einzelmöb. zu enorm billig. Preisen.
Hans Lennert
Berlin N., Lothringer Str. 55 am Rosenthaler Platz.

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl. Billige Preise.
Berlin
I. Mohrenstr. 37
(Kolonnaden)
II. Gr. Frkf. Str. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahlsendung sof.
Amt Zentrum 7930
Sonntags geschlossen.

Metallbetten, Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polster an jedermann. Katalog frei. **Eisenmöbelfabrik Suhl** i. Thür.

Wir suchen dringend:
Kupfer, Rotguß, Messing, Zink, Blei, Zinn, Lagermetall zu kaufen und zahlen hohe Preise
Gerlach & Voigt
Dresdener Str. 13/14. Mpl. 12833

Zigarettengroßhandlung
Bek. Marken f. Wiederverkäuf. **Dessen,** Alexanderplatz 2, 1 Tr.

Damen-Konfektion
schick u. fesch auf **Kredit**
B. Feder
Brunnen-Str. 1
Frankfurter Allee 350
Kottbuser Damm 103
Charlottenburg Scharren-Str. 5

Statt Karten.
H. Wiese
Juwelier
Artilleriestraße 30
Tel. Nord. 1050
empfiehlt sich allen Brautleuten

Als Selbsthersteller liefere ich in **Qualität und Preis** einzig dastehend:
Trauringe
1 Ring Dukatengold 138.—
1½ Dukat Trauring 240.—
1 Ring 585 gest. v. 75.- b. 180.-
1 Ring 333 gest. v. 35.- b. 100.-
Garantieschein (gesetzl. Goldinha t
Empfang: täglich 9—7 Uhr.

Zeißfeldstecher
6- und 8-fach, kauft ständig.
M. Stockelmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 136.
(Lützow 9289).

Möbel sehr billig
auch auf **Kredit**
zu den kleinsten Zahlungsbedingungen
Liefere frei Haus — Liefere auch auswärts.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstr. 5, Eingang Ackerstr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Graveur
Hermann Görlitz
Alt-Stralau 56, am 12. März.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Stralauer Kirchhofes in Alt-Stralau aus, statt.

Der Arbeiter
August Schwarz
Jalandstraße 11, am 12. März.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 18. März, nachm. 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, statt.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder verstorben sind:

Die Arbeiterin
Ida Koska
Treskowstr. 13, am 5. März.

Der Dreher
Karl Richter
Neukölln, Juliusstraße 29, am 7. März.

Der Uhrmacher
Rudolf Preuß
Usedomstraße 1½, am 8. März.

Rege Beteiligung wird erwartet
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Am Donnerstag, den 17. März 1921, abends 6 Uhr, bei Graumann, Naunynstraße 27

Versammlung
aller in Metall- u. Zinkgießereien beschäftigten Former und Berufskollegen.

Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten.
2. Stellungnahme zur Genera versammlung.

Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Metallarbeiter-Betriebsräte!
Gruppenversammlungen der Betriebsräte
Untergruppen 8—10: Mittwoch, den 16. 3., abends 7 Uhr
11—13: Donnerstag, den 17. 3., abends 6 Uhr
Sämtliche Versammlungen finden in der Aula Koppenplatz 12 statt. Es ist Pflicht aller Betriebsräte der Metallindustrie zu erscheinen. (Siehe Sonntag inserat in der „Freiheit" und Nr. 10 der Wochenbeilage der „Metall-Zeitung".
Die Ortsverwaltung.

Spezialarzt f. Haut-, Harn-, Frauenleid., Syphilis, Salvarsankuren, Blutunters., Mannesschwäche. Damen separ.
Dr. med. Lammer Ambulatorium, 10—1, 4—7½. Sonntags 10—12,
Brunnenstraße 185, zwischen Rosenthaler Platz und Invalidenstraße

Zur Jugendweihe
Glückwunsch-Karten
Einladungs-Karten
Geschenkwerke
für die schulentlassene Jugend mit gediegenem Inhalt in wirklich vornehmer Ausstattung
Buchhandlung **„Freiheit"**
Berlin C. 2.
Breite Str. 8-9
Auch in allen Filial-Expeditionen der „Freiheit" erhältlich

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!

2 billige Tage
für Frühjahrs-Modelle!!!

Reizende Frühjahrsmäntel 146	Impr. Seidenmäntel .. 250
Gummimäntel für Damen .. 332	Gummimäntel für Herren .. 445
Frühjahrskostüme 158	215, 374, 490, 615, 875
Sportjacken 45-270	Covercoatmäntel 162-748
Feine Stoffröcke .. 44 350	Einsegnungskleider von 170 an

Diese Preise nur für 2 Tage!!

Elegante Pelzmäntel 1950, 2800, 3900, 5100
Plüschmäntel .. 550, 875 Astrachanmäntel 325, 500
Krimmermäntel 790, 1070 Ulster 128, 210

Westmann
1. Geschäft: Berlin W. Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO Gr. Frankfurter Str. 115

Achtung Brautleute!
Trauringe
Preisliste gratis! Wir liefern direkt an Private. Versand nach auswärts.
Sie kaufen im Vertrauensmarkt, weil das Gold von jedem Hersteller selbst gestempelt werden kann. Darum kaufen Sie in einem Geschäft, welches für den Goldstempel sowie für die Qualität volle Garantie übernehmen kann
Wir führen nur erstklassige Trauringe
Ingenieus, nach neuestem Verfahren hergestellt, und geben für jeden Ring einen Garantieschein für gesetzlichen Goldgehalt
Dukaten-Trauring 900 gestempelt 150 M.
585 gestempelt 95 M.
333 gestempelt 60 M.
Trauringfabrik G. Alb. Thal Heydelstr. 6. (Belle-Alliance-Markt).

Geld
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Wolff, Friedrichstr. 41,** III. Ecke Kochstraße.

Oster-Geschenke
Gute Bücher
mit gediegenem Inhalt, in vornehmer Ausstattung
sind die besten Geschenke
Reiche Auswahl bietet die
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2
Breite Straße 8-9

Bibliothek der Kommunistischen Internationale

Band I	**Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses. Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum II. Kongreß.**
Band II	**Die kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale.** (Manifest des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale).
Band III	**Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale.**
Band IV	**L. Trotzki:** Terrorismus und Kommunismus. / Anti Kautsky. (II. Auflage).
Band V	**Karl Radek:** Theorie und Praxis der 2½ Internationale.
Band VI	**W. Newski** und **S. Rawitsch:** Arbeiter- und Bauernuniversitäten in Sowjetrußland.
Band VII	**Prof. E. Varga:** Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur. (II. Auflage. Erscheint demnächst).
Band VIII	**Protokoll des I. Kongresses der Kommunistischen Internationale.** (Erscheint demnächst).
Band IX	**N. Lenin:** Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus. (Erscheint demnächst).

Weitere Bände in Vorbereitung

Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung
Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

Der Prozeß gegen Hauptmann von Kessel

Noske und Eugen Ernst — die Hauptschuldigen!

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann Dienstag vormittag der Prozeß gegen Hauptmann v. Kessel. Wie erinnerlich, fand bereits vor mehr als einem Jahr, im Februar 1920, vor dem Kriegsgericht in der Lehrter Straße eine Verhandlung gegen v. Kessel statt, die dann unmittelbar vor der Urteilsfällung vertagt werden mußte, da der Angeklagte infolge einer „plötzlichen Erkrankung“ nicht in der Lage war, das ihm gesetzlich zustehende Schlußwort zu sprechen. Mit der Aufhebung der Militärgerichte kam die Sache an das Landgericht I, das Ende vorigen Jahres das Verfahren auf Grund der Kapp-Amnestie einstellte. Eine gegen diesen Beschluß von der Staatsanwaltschaft beim Kammergericht eingelegte Beschwerde hatte den Erfolg, daß das Kammergericht den Beschluß des Landgerichts I wieder aufhob.

Hauptmann v. Kessel hat sich nunmehr vor dem Schwurgericht wegen Meineides zu verantworten. Die Anklage wirft ihm vor, daß er in dem Ermittelungsverfahren gegen den Oberleutnant Marloh wegen Erschießung von 29 Matrosen in der Französischen Straße dem Kriegsgerichtsrat Meyer vom Gericht der Garde-Kavallerie-Schützendivision eine Reihe von

wissentlich falsche Aussagen gemacht

habe. Dr. Meyer traf am 1. Juni 1919 bei Hauptmann v. Kessel, Führer der Fliegenden Kraftfahrerstaffel Kessel, ein, um sich zur Verhaftung Marlohs, der dieser Staffel angehörte, Offiziere zur Verfügung stellen zu lassen. **Vorher war das Eintreffen Dr. Meyers dem Hauptmann v. Kessel schon durch General v. Oven telephonisch angekündigt worden.** Als Dr. Meyer zur Verhaftung schreiten wollte, war Marloh weder in seiner Wohnung, noch bei dem mit ihm befreundeten Pfarrer D. Rump aufzufinden. Am Nachmittag desselben Tages ließ v. Kessel dem Kriegsgerichtsrat sagen, er könne ihm Marloh innerhalb 48 Stunden ausfindig machen. Dr. Meyer gewann den Eindruck, daß v. Kessel den Oberleutnant Marloh gewarnt und ihn wohl auch zur Flucht verholfen habe. Er vernahm v. Kessel deshalb am 6. Juni 1919, und bei dieser Vernehmung soll nun der jetzige Angeklagte in einer Reihe von Punkten einen Meineid geleistet haben. v. Kessel soll wissentlich falsch geschworen haben, daß er bis zu dem Augenblick, in dem Dr. Meyer sein Dienstzimmer betreten habe, er von seinem Eintreffen nichts gewußt habe, daß er ferner Marloh nicht gewarnt habe, daß er nicht wisse, wer Marloh zur Flucht verholfen habe und wo Marloh sich aufhalte, ferner, daß er glaube, daß Marloh vom Verfolgungswahnsinn befallen sei und schließlich, daß er es sich nicht erklären könne, wie Marloh kurz vor dem Erscheinen Dr. Meyers verschwinden konnte.

In der Verhandlung, die unter großem Andrang des Publikums im großen Schwurgerichtssaal des Alten Kriminalgerichtsgebäudes stattfindet, führt Landgerichtsdirektor Weigert den Vorsitz, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Gerlach. Der Angeklagte wird von Rechtsanwalt Dr. Alsberg verteidigt. Vor Bildung der Geschworenenbank richtete Landgerichtsdirektor Weigert einen

Appell an die Presse,

sich lediglich auf einen Bericht über die Verhandlungen zu beschränken.

Vor Eintritt in die eigentliche Vernehmung wurde dann seitens der Verteidigung in längeren juristischen Ausführung die **Rechtsgültigkeit dieses ganzen Verfahrens bestritten.** Der Angeklagte, so führte der Verteidiger aus, habe in einer Zeit, in der die öffentliche Sicherheit und Ordnung verloren gegangen sei, auf einem exponierten Posten gestanden und sich dabei die politische Feindschaft weiter Kreise zugezogen. Die Folge davon sei gewesen, daß diesem ganzen Verfahren eine übertriebene politische Bedeutung beigemessen worden sei. Man habe die Justiz dazu gedrängt, gegen v. Kessel mit besonderer Energie vorzugehen. Diesem Drängen habe das Preußische Justizministerium nicht den nötigen Widerstand entgegengesetzt und sich in höchst eigenartiger Weise in das Verfahren eingemischt. (Der Vorsitzende rügt diesen Ausdruck als unzulässig und ersucht den Verteidiger, bei der Sache zu bleiben.) v. Kessel habe nie versucht, flüchtig zu werden, **immer sei sein Rechtsbeistand über seine Adresse unterrichtet gewesen.** Als dann das Kammergericht den Amnestiebeschluß des Landgerichts aufhob, habe der Angeklagte sich selbst bei der Staatsanwaltschaft stellen wollen, **die aber gar nicht beabsichtigte, einen neuen Haftbefehl zu erlassen.** Erst durch das preußische Justizministerium sei die Staatsanwaltschaft dazu gedrängt worden, v. Kessel verhaften zu lassen.

Vorsitzender (unterbrechend): Die Behauptung, daß der Justizminister eingegriffen hat, stellt eine **Verunglimpfung des höchsten preußischen Gerichtshofes dar, dem hier unterstellt wird, daß er sich beeinflussen lasse.** Ich muß diesen Vorwurf auf das schärfste zurückweisen. — Der Verteidiger macht darauf weitere rechtliche Ausführungen über die Unzulässigkeit einer Beschwerde gegen einen Einstellungsbeschluß seitens der Staatsanwaltschaft und kommt zu dem Schluß, daß die ganze Rechtslage in dieser Beziehung zugunsten des Angeklagten spreche.

Staatsanwalt Gerlach: Die Staatsanwaltschaft hat seinerzeit von sich aus dem Amnestiebeschluß widersprochen und hat hiergegen beim Kammergericht Beschwerde eingelegt. Als dann dieser Beschluß wieder aufgehoben wurde, hat die Staatsanwaltschaft wieder von sich aus lediglich einen bestehenden Haftbefehl vollstreckt. Mir, als Dezernenten in dieser Angelegenheit ist übrigens nichts davon bekannt, daß sich v. Kessel bei der Staatsanwaltschaft gemeldet hat. **Im Gegenteil hat es die Verteidigung sehr geschickt verstanden, Hauptmann v. Kessel meinem Zugriff zu entziehen.** Es kann keine Rede davon sein, daß v. Kessel an seinem Handeln sich von nationalen oder patriotischen Gefühlen hat leiten lassen. **Er trägt die eigentliche Schuld an der Erschießung der 29 Matrosen.** Nur um sich zu decken und nicht andere, hat er das alles getan, was ihm die Anklage vorwirft. **Uns schrecken hier keine Drohungen über**

Veröffentlichungen über hochstehende Persönlichkeiten.

Hier wird Recht gesprochen, alles andere ist uns gleich.

Rechtsanwalt Dr. Alsberg: Ich muß es als absolut unrichtig entschieden zurückweisen, daß die Verteidigung Herrn v. Kessel der Verhaftung entzogen hat. Wir erhielten von der Staatsanwaltschaft eine schriftliche Bescheinigung, die wir dem Polizeibeamten vorzeigen sollten und in der es hieß, **daß der Haftbefehl gegen v. Kessel nicht vollstreckt werden solle.** Inzwischen aber hatte die Polizei Anweisung vom Ministerium erhalten und mußte v. Kessel verhaften. Die Verteidigung müsse die vollkommen unrichtige Behauptung des Staatsanwalts, als sei Kessel verantwortlich für die Erschießung der Matrosen, auf das entschiedenste zurückweisen. Nachdem diese Aeußerung nun aber einmal gefallen sei, habe der Angeklagte an einer Beratung über die Amnestiefrage kein Interesse mehr. Im Gegenteil habe er jetzt das größte Interesse daran, daß die Verhandlung stattfinde, **damit sie die vollste Aufklärung über sein Handeln bringe.**

Das Gericht schritt darauf zur Vernehmung des Angeklagten zur Sache.

Hauptmann v. Kessel bekundet: Ich habe niemals bestritten, daß ich Marloh nicht zur Flucht geraten, sondern ihn geradezu dazu gedrängt habe. Als Marloh am 1. Juli 1919 wegging, war ich an seiner Flucht absolut unbeteiligt und habe dann auch bei meiner Vernehmung durch Kriegsgerichtsrat Meyer demgemäß ausgesagt. Was ich dort unter Eid bekundet habe, halte ich aufrecht. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt dann der Angeklagte weiter, daß er nach der Revolution unter dem Kommando des Oberst Reinhardt eine Streikkompagnie geführt habe, die sich an dem Kampf um den Marstall Weihnachten 1918 beteiligte. Anfang 1919 habe er dann den Entschluß gefaßt, aus den zahlreich sich meldenden Freiwilligen eine eigene Formation zu gründen. Es sei dann die Kraftfahrstaffel K. entstanden, die anfangs der Brigade Reinhardt unterstellt war,

ihre Aufträge aber direkt vom Oberkommando Noske

erhielt. Im März 1919 sei die Staffel der Garde-Kavallerie-Schützendivision unterstellt worden, deren eigentlicher Leiter, wie der Angeklagte erklärt, der Hauptmann Pabst war. Der Angeklagte schildert dann kurz die Art seiner Tätigkeit und kommt etwas ausführlicher auf den Befehl des Oberkommandos Noske zu sprechen, **der ausdrücklich anordnete, daß der Löhnungsappell der Matrosen in der Französischen Straße am 11. März auszuheben und möglichst viel Matrosen festzunehmen.** Als die Brigade Reinhardt die nötigen Befehle dazu gab, sei er unglücklicherweise an dem Tage nicht da gewesen und so sei Oberleutnant Marloh ohne sein Zutun der Führer dieser Unternehmung geworden. Den Befehl, den ihm Oberst Reinhardt sofort nach seiner Rückkehr gab, will er, v. Kessel, dem Inhalt nach genau an den Leutnant Wehmeier, der ihn dann an Marloh weitergab, genau mitgeteilt haben. Seiner Erinnerung nach lautete der Befehl:

„Es ist rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen, wenn Angriffe erfolgen, denn eine Unterstützung ist unmöglich.“

Der Vorsitzende sucht dann durch zahlreiche Fragen Aufklärung darüber zu schaffen, ob v. Kessel genau über die Verhältnisse in der Französischen Straße Bescheid wußte oder nicht. Im ersten Falle sei ein solcher Befehl verständlich gewesen, im anderen Falle jedoch nicht, zumal der Befehl ganz anders nach der Bekundung Wehmeiers gelautet haben soll. v. Kessel bemerkt dazu, **daß alle Befehle damals den gleichen Geist gehabt hätten und wegen der außerordentlich schwierigen Verhältnisse stets sehr scharf gelautet hätten, denn es sei damals um die Wurst gegangen.**

Vorl.: Wir sind uns wohl hier alle einig, daß wir den militärischen Formationen für ihr Eingreifen in erheblichem Maße zu danken haben. Es kann nur zweifelhaft sein, ob die Art der Bekämpfung der Unruhen immer gebilligt werden konnte. — v. Kessel: Es ist uns anfangs höllisch schwer geworden, auf unsere eigenen Volksgenossen zu schießen. Denn wir hatten doch mit diesen Leuten zusammen im Felde gelegen. Aber zum Schluß konnten wir uns nicht mehr anders helfen. —

Hierauf gelangt ein Befehl der Garde-Kavallerie-Schützendivision über die Entwaffnungsaktion und die Behandlung von Plünderern und Waffentragenden zur Verlesung. Dann kommt der Vorsitzende auf die Meldungen zu sprechen, die v. Marloh über die Erschießung in der Französischen Straße eingereicht hat. Die

zweite Meldung über den Vorfall sei erst verschwunden

gewesen und dann während des Marloh-Prozesses von Kessel mit dem Bemerken überreicht worden, daß diese Meldung in den alten Akten der Streikkompanie gefunden worden sei. Auf die Frage, von wem er die Meldung erhalten habe, habe Hauptmann v. Kessel damals im Marloh-Prozeß die Aussage verweigert. Der Angeklagte erklärt hierzu, daß er nicht mehr wisse, weshalb er das getan habe. Soviel er sich entsinne, habe er die Meldung von seinem Adjutanten, Oberleutnant Hofmann, erhalten. Der in der Meldung enthaltene Bericht entspreche den wahren Tatsachen. Die erste Seite der Meldung sei damals von Staatsanwalt Zumbroich und Marloh, die zweite Seite von ihm mit dem Einverständnis Marlohs verfaßt worden. — Hierauf gelangt eine weitere Meldung über die Erschießung der 29 Matrosen zur Verlesung, die seinerzeit mit Hilfe von Staatsanwalt Weismann verfaßt worden sei.

Im Laufe der weiteren Vernehmung betont Hauptmann v. Kessel, daß der erwähnte

dritte Bericht

des Oberleutnants Marloh von dem damaligen Staatsanwalt Dr. Weismann diktiert und von Marloh unterschrieben worden sei. Im Anschluß daran macht der Vorsitzende dem Angeklagten Vorhaltungen, warum er in der Hauptverhandlung gegen den Oberleutnant Marloh die Aussage darüber verweigert habe, **woher er den dritten Bericht, den er dann plötzlich zum Vorschein brachte, bekommen habe.** Der Angeklagte erklärt dies damit, daß er damals noch keine Aufklärungen für angebracht hielt. **Staatsanwalt Dr. Weismann habe aus reinsten Motiven den Bericht in einem Sinne abgefaßt, daß es zu einer Einstellung des Verfahrens gegen Marloh kommen sollte.** Der Fortgang des Verfahrens gegen Marloh war der „Freiheit“ zu langsam, und sie veröffentlichte daraufhin einen Artikel

Gute Zeiten für Mörder

Ueber den Eindruck, den dieser Artikel auf Marloh machte, gefragt, gibt der Angeklagte an, daß er daraufhin von Vorgesetzten angesprochen wurde. v. Kessel: **Ich habe lange darüber geschwiegen, mit wem alles ich darüber gesprochen habe.** Erst auf langes Drängen teilte ich in der Hauptversammlung gegen Marloh mit, **daß Hauptmann Pabst mir eines Tages gesagt hat, Marloh müßte weg. Auch der Reichswehrminister Noske hat mit mir darüber gesprochen.** Ebenso haben andere Personen zu mir solche Aeußerungen gemacht, die ich damals nicht namhaft machte. Die Grundlage meiner Verteidigung bildet der Umstand, **daß ich auf Rat, Weisung und den Wunsch von älteren politisch viel erfahrenen Personen, als ich es war, dafür gesorgt habe, daß Marloh fortkommen sollte.** Ich habe fünfviertel Jahre lang darüber geschwiegen. Ein Angeberium liegt mir nicht, aber da ich jetzt am Ende meiner physischen Kräfte bin, muß ich mich endlich rechtfertigen. **Ich habe schon gesagt,**

daß ich abhängig war vom Polizeipräsidenten, von der Staatsanwaltschaft und von dem Hauptmann Pabst.

Der Verkehr zwischen uns geschah jedoch nicht in Form von Befehlen, sondern es war mehr ein Austausch von Nachrichten. Als der Artikel in der „Freiheit“ erschienen war, erklärte mir also Hauptmann Pabst, **einen Marloh-Prozeß in dieser Zeit zu führen, sei etwas Unmögliches.** Er sagte ausdrücklich, daß ein wohlüberlegtes System in den radikalen Angriffen liege und daß man das Garde-Kavallerie-Schützen-Korps als das einzig bestehende Hindernis beseitigen wolle. Der Prozeß habe nur den Zweck, neues Material gegen führende Personen vorzubringen und gegen sie zu hetzen, **was möglicherweise einen Umsturz bewirken könne. Er habe auch mit Reichswehrminister Noske über den Prozeß gesprochen. Dieser war ebenfalls der Meinung, daß in keinem Fall**

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen

Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Halensee 1921

(4. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten!]

Und sicherlich hatte das schwarze Loch noch nie einen gefolterteren Geist gesehen als den Peter Gudge. Alles war ganz besonders grauenhaft, weil es so unverdient, so unglaublich unwahrscheinlich war. Daß ihm so etwas zustieß, ausgerechnet ihm, Peter Gudge, der sich stets Mühe gab, alle Unannehmlichkeitn des Lebens zu vermeiden, der immer bereit war, anderen gefällig zu sein, zu tun, was ihm geboten wurde, um es behaglich zu haben, genügend Nahrung zu bekommen, ein warmes Eck zu finden, in das er kriechen konnte! Was war dem Schicksal eingefallen, gerade ihn zum Opfer dieses grausamen Streiches auszuersehen, ihn in diese Lage zu bringen, wo er, was auch immer er tat, dem Leiden nicht aus dem Weg gehen konnte? Er sollte etwas gestehen, und Peter war ganz bereit, zu gestehen — wie jedoch konnte er dies tun, da er ja nichts wußte.

Je länger Peter nachdachte, desto empörter wurde er. Es war ungeheuerlich. Er setzte sich auf, starrte grimmig in das schwarze Dunkel. Er sprach zu sich selbst, sprach zu der Welt dort draußen, zu dem Universum, das seine Existenz vergessen hatte. Er tobte, er weinte. Er schnellte auf, durchschritt die Zelle, sechs Fuß im Quadrat und derart niedrig, daß er nicht aufrecht stehen konnte. Er schlug mit der gesunden Hand gegen die Tür, trat mit dem Fuß dagegen, schrie. Doch kam keine Antwort, so weit er wußte, war niemand da, der ihn zu hören vermochte.

Als er völlig erschöpft war, sank er abermals zu Boden, verfiel in einen unruhigen Schlaf, und da er erwachte, war dieses Erwachen ärger als der furchtbarste Alpdruck. Dieser entsetzliche Mann wird wieder kommen. Wird ihn von neuem foltern, damit er aussagt, was er nicht weiß. Alle Riesen und Teufel, die erfunden wurden, um die Einbildungskraft der Kinder zu schrecken, sind nichts im Vergleich zu der Gestalt des Mannes, namens Guffey, wie dieser Peter in der Zelle erschien.

Etliche Ewigkeiten, nachdem Peter eingesperrt worden war, vernahm er Geräusche, die Tür öffnete sich. Peter kauerte in einer Ecke, glaubte, Guffey wäre gekommen. Etwas scharrte auf dem Fußboden, dann wurde alles wieder still. Peter blickte sich um und sah ein Stück Brot und einen Becher mit Wasser.

Dann verflossen weitere Ewigkeiten, Peter tobte weiter in ohnmächtiger Wut, abermals ward Brot und Wasser gebracht, und Peter fragte sich, ob dies zweimal am Tag geschehe, oder ob bereits ein neuer Tag angebrochen sei? Wie lange würden sie ihn hier halten? Wollten sie ihn zum Wahnsinn treiben? Er stellte diese Fragen an den Mann, der ihm Brot und Wasser brachte, doch gab der Mann keine Antwort, sprach kein einziges Wort. Peter hatte im „Loch“ keine andere Gesellschaft als seinen Gott, und Peter kannte seinen Gott nicht gut, fühlte sich im Tete-a-Tete mit ihm nicht wohl.

Am meisten wurde Peter von der Kälte gequält; sie kroch ihm in die Knochen, — seine Zähne klapperten. Trotzdem er sich rastlos bewegte, vermochte er sich nicht zu erwärmen. Sobald der Mann die Tür öffnete, bat Peter um eine Decke, und jedesmal, wenn der Mann wieder erschien, bettelte Peter stürmischer. Er sei krank, sei bei der Explosion verletzt worden, verlange nach einem Arzt, werde sterben. Doch kam niemals eine Antwort. Peter lag auf dem Boden, zitterte und weinte, wand sich, redete irr, verlor auf kurze Zeit das Bewußtsein, wußte schließlich nicht, ob er wache oder schlafe, lebe oder gestorben sei. Fieberträume suchten ihn heim; was sich mit ihm ereignet, die Menschen, die ihn gequält hatten und noch quälten, wurden für ihn zu Ungeheuern und Teufeln, die ihn weit fort schleppten, ihn in Abgründe der Angst und der Folterqualen stürzten.

Und dennoch, wie auch immer seltsam und fremdartig die Phantome waren, die Peters kranke Phantasie heraufbeschwor, keines von ihnen war derart furchtbar, wie es die Wirklichkeit war, die zu jener Zeit das Leben von American-City beherrschte und die über das Schicksal eines armseligen kleinen Mannes, namens Peter Gudge, beschloß. In American-City lebte eine Gruppe Männer, die sich der Industrien der Stadt bemächtigt hatte und das Leben der Bevölkerung beherrschte. Diese Gruppe, machtgefestigt in der Industrie sowie in der Stadtverwaltung, stand der Opposition einer neuen, rasch aufblühenden Macht gegenüber, der des organisierten Proletariats, das entschlossen war, die Gewalt der Oligarchie zu brechen und deren Macht zu übernehmen. Der Kampf zwischen diesen beiden Gruppen nahte einem Höhepunkt. Sie glichen zwei gewaltigen Ringkämpfern, im Todeskampf verstrickt, zwei kämpfenden Riesen, die Bäume bei den Wurzeln ausreißen, Felsen von den Gebirgen abbrechen, um einander die Schädel einzuschlagen. Und was war der arme Peter? Eine Ameise, die über das Feld dahinkroch, auf dem einander die Kämpfer begegneten. Die Erde erbebte unter ihren Füßen, der Schmutz flog aufgewirbelt nach allen Seiten, die unselige Ameise wurde hierhin und dorthin gestoßen, fiel, ward unter Trümmern begraben; und jählings trat ein Riesenfuß auf die Stelle, wo sie keuchend und ringend lag!

6.

Peter war vielleicht drei Tage, vielleicht auch eine Woche im „Loch“ gelegen — er wußte nicht, wie lange, und auch später sagte es ihm niemand; — da ward plötzlich die Tür abermals geöffnet, und er vernahm zum erstenmal wieder eine Stimme: „Kommen Sie heraus.“

Peter hatte sich danach gesehnt, eine Stimme zu hören, nun jedoch verkroch er sich entsetzt in eine Ecke. Die Stimme war Guffeys Stimme, und Peter wußte, was dies bedeute. Seine Zähne schlugen gegeneinander, er jammerte auf: „Ich weiß nichts. Ich kann nichts sagen!“

Eine Hand griff in die Zelle, packte ihn beim Kragen. Einen Augenblick später schritt er vor Guffey den Korridor entlang. „Halten Sie das Maul!“ war die einzige Antwort auf Peters Winseln und Klagen. Der Mann schob ihn in ein Zimmer, warf ihn auf einen Stuhl, als ob er ein Bündel gewesen wäre, zog einen zweiten Stuhl heran und setzte sich ihm gegenüber.

„Hören Sie mich an,“ sagte der Mann. „Ich möchte mit Ihnen ins Einverständnis kommen. Wollen Sie ins „Loch“ zurückgehen?“

„Nein,“ jammerte Peter.

„Gut, ich möchte Ihnen bloß mitteilen, daß Sie den Rest ihres Lebens in diesem Loche verbringen werden, ausgenommen die Zeiten, da ich mit Ihnen spreche. Und wenn ich mit Ihnen spreche, so werde ich Ihnen den Arm auskugeln, Ihnen zwischen die Fingernägel Splitter treiben, Ihnen die Haut mit Streichhölzern verbrennen; — bis Sie mir sagen, was ich wissen will. Niemand wird Ihnen helfen, niemand wird irgendetwas von der ganzen Angelegenheit wissen. Sie werden in meiner Gewalt bleiben, bis Sie in ein besseres Jenseits übersiedeln.“

Peter vermochte bloß zu schluchzen und zu stöhnen.

(Fortsetzung folgt.)

der Prozeß gegen Marloh zustande kommen dürfe. Dadurch gewann ich den Eindruck, als ob es heißen solle,

Marloh müsse fort.

Ebenso schloß ich daraus, **daß auch Hauptmann Pabst dazu gedrängt wurde, die Flucht Marlohs in die Wege zu leiten.** Ich war stets der Meinung, daß ausgeführt werden müßte, was ein Politiker sagte. Denn ich fühlte mich nur als Offizier.

Vorsitzender: Haben Sie auch zu anderen Personen, wie zu dem Hauptmann Pabst, über die Flucht gesprochen? Von Hauptmann Pabst ist Ihnen doch sicher später bekannt geworden, daß er, der damals gegen eine Revolution von links war, sich an einer Gegenrevolution von rechts beteiligt hat.

v. Kessel: Ich habe mit sehr vielen Stellen und im politischen Leben stehenden Leuten gesprochen. Einige davon muß ich noch nennen, so leid mir dies auch tut. In erster Linie kommt hier Staatsanwalt Dr. Weismann in Frage, dessen ständige Redensart zu mir war: **„Kessel, den Marloh-Prozeß erleben wir alle nicht."** Dr. Weißmann sagte immer: Der Prozeß darf nicht kommen, und er hat ja auch, wie schon von mir angeführt, den dritten Bericht in dem Sinne abgefaßt. **Als der Bericht diese Wirkung nicht hatte, erklärte Weismann: Dann hilft nichts anderes. Marloh muß weg!**

Der dritte war der Polizeipräsident Ernst,

mit dem ich zwar nicht Dutzende von Malen, jedoch sehr oft in dem Sinne einer Flucht Marlohs gesprochen habe. Ich war natürlich der Meinung, daß sich diese drei Stellen vorher untereinander besprochen hatten. — Vorsitzender: Haben diese Unterredungen unter vier Augen stattgefunden? Angeklagter: Das will ich erst nach Rücksprache mit meinem Verteidiger beantworten. — Vors.: Glaubten Sie, Befehlen von Vorgesetzten zu folgen? — v. Kessel: Wenn auch das gerade nicht, so war es mir doch klar, es könnte mir nicht viel passieren, wenn die drei Vorgesetzten einverstanden sind. Bei seiner Unterredung mit Marloh hat v. Kessel diesem dann gesagt, es würde für ihn gesorgt und Summen festgelegt werden, zumal er krank sei. Die Höhe der Summe —

er nannte 100 000 Mark,

habe schon dafür gesprochen, daß man für Marloh sorgen wollte. Marloh erklärte zunächst, eine Flucht läge absolut nicht in seinem Interesse. Er wolle es sich überlegen, und wenn er ginge, so täte er es nur aus politischen Gründen. — Vors.: Aus welchen Mitteln wollten Sie die Summe von 100 000 Mark beschaffen. — Angeklagter: **Wer mir das Geld zur Verfügung gestellt hat, will ich nicht aussagen, denn es ist zu meiner Verteidigung nicht nötig.** Mein eigenes Geld war es selbstverständlich nicht. — Wie der Vorsitzende feststellt, war das Ergebnis der Unterredung schließlich, daß Marloh sehr gereizt wurde, aber doch fortging, indem er Kessel gegenüber die Worte gebrauchte: **Jetzt sind Sie mein Feind.**

Die Verhandlung wurde dann auf Mittwoch, früh 9 Uhr, vertagt.

Gedenkfeier zum 18. März

Zur Erinnerung des 50. Gedenktages der Pariser Kommune 1871, der Revolution von 1848 und zur Ehrung des Andenkens der während des Kapp-Putsches für die Freiheit gefallenen Kämpfer sowie zur Würdigung der historischen Bedeutung der Märztage veranstaltet der Bezirksverband Berlin-Brandenburg am Freitag, den 18. März, abends 7 Uhr, eine

Gedenk-Revolutionsfeier

in den Lokalen: Berliner Bock-Brauerei, Fidicinstr. 3, und Bock-Brauerei, Chausseestr.

Das Programm besteht aus Gesangsvorträgen (Arbeiter-Sängerbund), Rezitation und Gedächtnisrede. Ueber die Bedeutung des Tages sprechen die Reichstagsabgeordneten Adolf Geck-Offenburg und Bernhardt Kuhnt-Chemnitz.

Zur Deckung der Unkosten 50 Pfennig Eintritt.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D.

Sechs öffentliche Versammlungen

Thema: Wir wollen die weltliche Schule!

Die Versammlungen finden statt: **Norden:** Schulaula Utrechter Straße 30-31. **Norden:** Schulaula Gleimstr. 49. **Osten:** Schulaula Eckertstr. 16. **Lichtenberg:** Cäzilien-Lyzeum, Rathaus- Ecke Möllendorfstraße. **Südosten:** Aula der Borsig-Realschule, Boeckhstr. Nr. 9-10. **Friedenau:** Aula des Realgymnasiums, Homuthstraße. Referenten: Elise Beck, S. A. Hermes, Kuchenbecker, Löwenstein, Karl Schneider, Waldemar Schulz.

Arbeiter, Parteigenossen, kommt und tretet ein für die weltliche Schule. Zentralausschuß der Elternbeiräte U. S. P. D. der Stadtgemeinde Berlin.

Was hast du bisher für die Partei getan?

Ein alter Kampfgenosse schreibt folgende Mahnung: „Diese Frage ist für viele Genossen keineswegs überflüssig, sondern im Gegenteil sehr zeitgemäß. Ohne den Opfersinn und die eifrige Betätigung seiner Mitglieder kann keine Partei ihren gesteckten Zielen näherkommen. Eine revolutionäre Partei bedarf dieser Mitarbeit mehr als jede andere Organisation. Die Umgestaltung der Gesellschaftsorganisation, die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft erfordert, daß jedes Parteimitglied ein Kämpfer sein muß, aber nicht bloß dieses, sondern auch ein Propagandeur für unsere Parteigrundsätze — und Ziele. Wir haben heute noch nicht die Massen, die notwendig sind, um den Sozialismus zu verwirklichen, deshalb heißt es, unsere Reihen zu stärken und das Proletariat um unsere Fahnen zu sammeln.

Leider haben wir allzuviel „stille" Parteigenossen, die zwar ihre Parteipflicht im engen Sinne erfüllen, aber so gut wie nichts tun, um auch neue Kämpfer zu gewinnen. Die durch die Spaltung vorübergehend geschwächte U. S. P. muß die weitgehendste Mitarbeit aller Parteimitglieder fordern. Für jeden ist unter seinen Arbeitsgenossen, Bekannten und Hausgenossen, ein weites Feld vorhanden, neue Parteimitglieder und neue Leser der „Freiheit" zu gewinnen.

Den besten Aufklärungsdienst leistet die Parteipresse. Täglich zweimal führt sie ihre Leser in die sozialistische Gedankenwelt ein. Nur die Leser der Parteipresse werden zuverlässige Kämpfer werden. Deshalb muß hier zuerst die Arbeit einsetzen. In fast jeder Nummer der „Freiheit" ist eine Abonnementseinladung abgedruckt. Unsere Genossen haben es leicht, sobald sie einen neuen Leser gewonnen haben, diese Abonnementsbestellung auszufüllen und in den nächsten Briefkasten zu werfen. Die Morgenpost und Volkszeitungsleser u. a. geben unseren Genossen täglich Gelegenheit, hier ihre Werbearbeit einzusetzen und sie als Freiheitleser zu gewinnen. Stelle sich jeder einmal vor, welche Machterweiterung die U. S. P. in Berlin erhielt, wenn jedes Parteimitglied nur einen neuen Abonnenten gewinnen würde. Ist diese Arbeit etwa schwer? Durchaus nicht. Soviel Mitarbeit kann jeder Genosse leisten, auch wenn er noch so wenig beschlagen wäre. Versuchen wir es alle einmal und beginnen wir sofort. Die „Freiheit" bietet uns selbst das Propagandamaterial. Die internationale Demonstration am 13. März ist dazu ein guter Auftakt gewesen. Bis Monatsschluß hat jeder seinen neuen Freiheitabonnenten zu werben, dann geht es sicher wieder schneller vorwärts."

Eine Verbrecherjagd über die Dächer verursachte gestern, Dienstag, vormittag, im Norden der Stadt große Aufregung. Kriminalwachtmeister Kramm und Thurau von der Streifmannschaft B E hatten in Erfahrung gebracht, daß sich ein schon längerer Zeit wegen schweren Einbruchs gesuchter Verbrecher, ein 30 Jahre alter Carl Hingst, bei seiner Geliebten, einem Straßenmädchen, in der Schönholzer Straße verborgen hielt. Die Beamten drangen dort überraschend ein und überwältigten den noch im Bette liegenden Mann, bevor er von seiner neben ihm liegenden Schußwaffe Gebrauch machen konnte. Als er sich dann notdürftig anzog, stürzte er sich plötzlich auf die Beamten, stieß sie beiseite und lief die Treppen hinunter davon. Da er auch auf wiederholte Haltrufe nicht stehen blieb, schossen die Wachtmeister hinter ihm her, trafen ihn jedoch nicht. Die Kugeln prallten an den Steinen ab, und ein Geschoß sprang in eine Schaufensterscheibe einer Schankwirtschaft, die in Trümmern ging. Auf der Straße setzten die Beamten die Verfolgung des Flüchtenden fort. Dieser lief zur Bernauer Straße und dort endlich in ein Eckhaus hinein. Mit langen Sätzen sprang er die Treppen hinauf, gewann bald das Dach und lief über mehrere Dächer hinweg, um sich der Wiederverhaftung zu entziehen. Die Beamten aber nahmen auch die Verfolgung über die Dächer hinweg auf und stellten den Verbrecher endlich, als er sich, da er nicht weiter konnte, hinter einem Schornstein verborgen hatte. Unter besonderen Vorsichtsmaßregeln wurde er sodann nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Um eine halbe Million Mark sollte die Eisenbahnverwaltung durch einen frechen Reklamationsschwindel geschädigt werden, der durch das schnelle Eingreifen der Eisenbahn und der Schutzpolizei aufgeklärt worden ist. Ein früherer Güterbodenaufseher Glotz, der auf dem Hamburg-Lehrter Bahnhof beschäftigt war, hatte in Hamburg 7 Kisten aufgeliefert, die angeblich echten russischen Kaviar enthalten sollten. Der Frachtbrief war eingelöst worden und die Ware regelrecht abgefahren. Nun beseitigte der G. vom Frachtbrief den Auslieferungsstempel und kam gestern vormittag zu der Güterabfertigung, legte den Frachtbrief und den Avis vor, um sich die 7 Kisten ein zweites Mal ausfolgen zu lassen. Diese waren natürlich nicht vorhanden, und nun forderte der G. von dem diensthabenden Beamten eine Bescheinigung darüber, daß die Sendung in Verlust geraten sei. Der Beamte schöpfte Verdacht und ließ den Schwindler von Schutzpolizisten verhaften und der Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion Berlin zuführen, wo er sich zu einem Geständnis bequemte. Die Tat wird für ihn eine Anklage wegen Betrugs und Urkundenfälschung zur Folge haben.

Grober Unfug mit Schußwaffen. In der vergangenen Nacht wurden drei Personen zur Bülow-Wache geführt, weil sie auf offener Straße im betrunkenen Zustande mit einem Revolver spielten. Das Endergebnis dieser Spielerei war, daß einer der Beteiligten durch einen Schuß in den Oberarm verletzt wurde. Er fand im Elisabeth-Krankenhaus Aufnahme.

Wer ist der Tote? Gester nachmittag wurde an der Hansabrücke die Leiche eines unbekannten Mannes aus dem Wasser gezogen und nach dem Schauhause geschafft. Der Mann ist 1,60 Meter groß und dürfte etwa 20 bis 30 Jahre alt gewesen sein. Er hat ca. 4 Wochen im Wasser gelegen.

6. Verwaltungsbezirk (Hallesches Tor). Donnerstag, den 17. März, abends 7 Uhr, in der Schulaula Dieffenbachstr. 60-61. Vortrag des Genossen Siewert über: „Wohnungsfrage". Sämtliche Mitglieder der kommunalen Kommissionen, sowie Bezirks- und Abteilungsführer des 3. und 4. Distrikts werden ersucht, bestimmt zu erscheinen.

Die Elternbeiräte des 13. Verwaltungsbezirks haben beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Volksschulen und höheren Schulen abzulehnen, da deren sonstige Interessen weit auseinandergehen. Haben sich doch die Elternbeiräte der höheren Schulen Berlins in letzter Zeit offen zur Erhaltung der höheren Schule in ihrer jetzigen Form bekannt und zur Sabotierung des Grundschulgesetzes durch Bildung von Privatzirkeln ausgesprochen, die ihren Kindern die Gymnasialreife gewähren soll. Erst wenn die Hindernisse, die zur Einheitsschule führen, fortgeräumt sind, sind sie willens, einer Arbeitsgemeinschaft beizutreten.

Köpenick. Wir stehen kurz vor dem Beginn eines neuen Schuljahres und ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Gelegenheit geboten ist, unsere Kinder vom Religionsunterricht in der Schule zu befreien. Diesen Termin dürfen wir nicht unbeachtet vorübergehen lassen. Daher dürfte es wohl zu begrüßen sein, daß unser Genosse Dr. Kurt Löwenstein in einer großen öffentlichen Volksversammlung am Donnerstag, den 17. März (also morgen), über das Thema: „Weltliche oder konfessionelle Schule" in der Aula der Körnerschule spricht.

Charlottenburg. Der Kursus des Genossen Seger als Vortragenden beginnt Mittwoch, 16. März, abends pünktlich 7 Uhr, im Handarbeitsraum der Schulaula Kurfürstenstraße. (Siehe Mitteilung in der Dienstag-Morgenausgabe.) Alle Genossinnen und Genossen, die sich an dem Kursus und den Bildungsarbeiten beteiligen wollen, sind eingeladen.

Jugendweihe Neukölln. Die zweite Jugendweihe findet am Sonntag, den 20. März, vorm. 9 Uhr, im großen Festsaal der „Neuen Welt", Hasenheide, statt. Gastkarten zum Preise von 2,50 Mark, einschl. Garderobe, sind noch in den „Freiheit"-Speditionen Neckarstr. 3 und Emser Str. 32 zu haben. Die letzte Vorbereitungsstunde ist am Freitag, den 18. März, nachm. 4 Uhr, im Gesangssaal der Knabenmittelschule, Donaustr. 118. Alle Teilnehmer müssen pünktlich erscheinen.

Jugendweihe in Weißensee. Am kommenden Sonntag, den 20. März, vorm. 10 Uhr, in der festlich geschmückten Gemeindeturnhalle, Pistoriusstraße. Festredner ist Genosse Dr. Krische. Für die die Jugendweihe empfangenden Kinder und deren Eltern ist die Beteiligung vollständig kostenlos. Für Gastgenossen ist eine beschränkte Anzahl Karten zu 2 M. in unserer „Freiheit"-Spedition Langhansstraße sowie bei Hege und Masche, Berliner Allee, zu haben. Heute Mittwoch, nachm. 4 Uhr, findet im Physiksaal des Realgymnasiums die letzte Vorbereitungsstunde statt, an welcher alle Kinder teilnehmen müssen.

Tempelhof. Zur der am Sonntag, den 20. d. M., vorm. 10 Uhr, im Lyzeum, Germaniastraße, stattfindenden Jugendweihe sind noch Billetts in nur sehr geringer Anzahl bei folgenden Genossen zu haben: Gen. Hille, Moltkestr. 11, Gen. Schwabe, Manteuffelstraße 67, Gen. Friedel, Oberlandstr. 6.

Jugendweihe in Bernau. Unsere Jugendweihe findet am Sonntag, den 20. März, vormittags pünktlich 10 Uhr, im großen Saale des Restaurants „Elysium" statt. Jedes Kind, welches die Weihe erhält, wird unser Buch „Ins Leben hinein" überreicht bekommen. Einlaßkarten für jedermann sind beim Genossen Kühne, Hohesteinstraße 26, erhältlich.

Gewerkschaftliches

Schiedsspruch für die Handelshilfsarbeiter im Einzelhandel

In einer am Freitag, den 11. d. M., abends in der Unions-Brauerei von über 2000 Personen besuchten Versammlung berichtete Pollmeier vom Deutschen Transportarbeiter-Verband über die mit der Einzelhandelsgemeinschaft stattgefundenen Verhandlungen und über den am Mittwoch, den 9. d. M., gefällten Schiedsspruch, welcher eine Erhöhung von 15 Prozent auf die bestehenden Lohnsätze vorsieht. Die Ausführungen des Herrn Dr. Maaß von den Arbeitgebern, der behauptete, daß die Handelshilfsarbeiter nur in einer Arbeitsbereitschaft stehen, wurden zurückgewiesen. Der Vorschlag der Funktionäre, den Schiedsspruch aus taktischen Gründen anzunehmen, fand Zustimmung; mit einer ⅔ Mehrheit wurde der Schiedsspruch dann von der Versammlung angenommen. Ein weiterer Antrag, falls die Arbeitgeber den Schiedsspruch ablehnen sollten, sofort die Arbeit einzustellen, wurde der Verbandsleitung überwiesen. Am Donnerstag, den 17. März, abends 7½ Uhr, werden die Funktionäre im Schultheiß, Alte Jakobstr. 24/25, Eingang Schmidtstraße, nochmals, falls die Arbeitgeber den Schiedsspruch ablehnen sollten, dazu Stellung nehmen.

Autoschlosser!

Mittwoch, den 16. März 1921, abends 5 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12, Vollversammlung aller im Streik befindlichen Kollegen der Auto-Reparatur-Betriebe. Tagesordnung: Unsere Streikbewegung. Streikkarte legitimiert.

Lohnbewegung der Mühlenarbeiter Groß-Berlins. Die gesamten Mühlenarbeiter Groß-Berlins stehen in einer Lohnbewegung. Die zurzeit in den Mühlen gezahlten Löhne sind sehr gering. Die Mühlenarbeiter haben sich bei der Einreichung ihrer Forderungen an den Arbeitgeberverband schon an die niedrigste Grenze der Möglichkeit gestellt, um zu vermeiden, daß man ihnen einen Vorwurf der Maßlosigkeit machen könne. Trotzdem hat der Arbeitgeberverband schriftlich sowohl als auch bei der mündlichen Verhandlung jegliches Zugeständnis abgelehnt. In der am Sonntag, den 13. März, in Büttners Festsälen stattgefundenen Versammlung empfahl Schmitz vom Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter im Namen der Lohnkommissionsmitglieder, bevor zu anderen Maßnahmen seitens der Mühlenarbeiter geschritten wird, den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin um Fällung eines Schiedsspruches anzurufen. Diesem Vorschlag wurde von allen Diskussionsrednern wenig Sympathie entgegengebracht. Der Verhandlungskommission wurde anheim gegeben, vor dem Schlichtungsausschuß an den eingereichten Forderungen festzuhalten. Sollte der Schlichtungsausschuß, wie schon verschiedentlich in der letzten Zeit geschehen, zur Lohnbewegung auf einen ablehnenden Standpunkt kommen, würden sich die Mühlenarbeiter dies nicht gefallen lassen.

Metallarbeiter. Von der Vereinigung proletarischer Kinderfreunde sind uns eine Anzahl Einlaßkarten zu der am Sonntag, den 20. März, vormittags 11 Uhr, in der Volksbühne stattfindenden Eröffnungsfeier zum Vertriebe übergeben. Die Einlaßkarten sind zum Preise von 2 M. zu haben in unserem Verbandshause, Zimmer 2, Schalter 4. Wir bitten, sich an dieser Veranstaltung rege zu beteiligen. Die Ortsverwaltung.

Funktionäre der U. S. P. D. des A. E. G.-Konzerns. Mittwoch, den 16. März, 6 Uhr, Gipsstraße 3, wichtige Konferenz.

Möbeltransportarbeiter. Die Möbeltransportarbeiter, Packer und Kutscher von Berlin und Vororten befinden sich seit dem 15. März 1921 wegen Lohndifferenzen im Streik und ersuchen um strengste Solidarität sämtlicher Kollegen. Deutscher Transportarbeiter-Verband. Die Branchenleitung.

U. S. P. D. Mitglieder des Verbandes der Maler und Lackierer. Mittwoch, den 16. März, abends 7 Uhr, bei Schulz, Am Köllnischen Park 2, wichtige Versammlung. Mitgliedsbücher der Partei und Gewerkschaft legitimieren.

Aus den Organisationen

Mittwoch, 16. März

Oeffentliche Frauenversammlung, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Pappelallee 41-42. T.-O.: Vortrag der Genossin Krische über Sozialismus und Geschlechtsleben.

1. Distrikt. Abends ½8 Uhr Frauenabend bei Müller, Neue Roßstr. 14-15. Vortrag der Genossin Löwenstein über sozialistische Schulfragen.
3. Distrikt. 3. Abteilung. 7 Uhr Versammlung in der Schulaula Wilmsstr. 10. Vortrag.
12. Distrikt. Bildungskommission. ½8 Uhr bei Pietsch, Gleimstr. 36.
15. Distrikt. Arbeiter-Elternbund, Ortsgruppe Moabit. Abends ½8 Uhr Mitglieder-Versammlung in der Aula Bremer Str. 13-14.
Reinickendorf-West. Abends 7 Uhr im Volkshaus Mitglieder-Versammlung. Vortrag.

Donnerstag, 17. März

8. Distrikt. Abends 7 Uhr bei Drelle, Schreinerstr. 13, Vorstandssitzung und Abrechnung.
14., 15. Distrikt und Charlottenburg. Abends 7 Uhr gemeinsame Vorstandssitzung bei Braun, Wilhelmshavener Str. 31.
Schöneberg-Friedenau. Abends 5½—6½ Uhr Plakate abholen, Spedition Gothenstr. 40.
Tempelhof. Der zweite Lehrabend findet pünktlich 8 Uhr abends im Gemeindesitzungssaal, Dorfstr. 42, 1 Tr., statt. Auch Frauen unserer Genossen haben kostenfreien Eintritt.

Vereinskalender

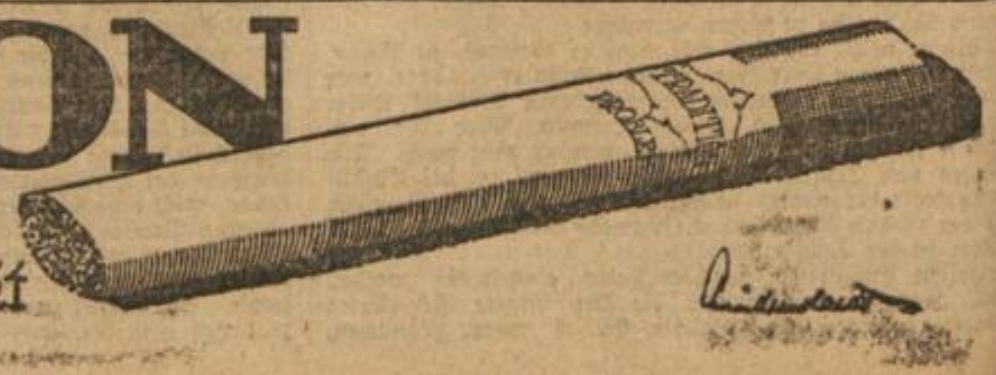
Mittwoch, 16. März

Zentralverband der Angestellten. Briefumschlag-, Papierausstattungs-, Papier- und Pappen-Großhandel. Abends 6 Uhr Mitglieder-Versammlung in Hasenlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35. — Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer. Nachm. 4½ Uhr Mitglieder-Versammlung im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c.
Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 2. Abends 7 Uhr Gewerkschaftshaus, großer Saal, Mitglieder-Versammlung.

Donnerstag, 17. März

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Einkassierer, Kassenboten, Bureaudienst usw. Abends ½7 Uhr findet im Lokal von Müller, Stralauer Str. 23, eine äußerst wichtige Vertrauensmänner-Sitzung statt. — Bodenleitergruppe. Abends 7 Uhr bei Witte, Poststr. 29, Gruppenversammlung aller in den Betrieben beschäftigten Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen — Betriebsräte der Branche Bau- und Arbeitskutscher. Abends 7 Uhr im Lokal von R. König, Lange Str. 53, Vertrauensmänner-Sitzung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Tarifvertragsentwurf. 2. Diskussion. — Sektion 8. Lebens- und Genußmittel. Mitglieder der Branchen der Bierfahrer, Wein- und Kellerarbeiter, Lebensmittel- und Tabakarbeiter. Abends 7 Uhr in Boekers Festsälen, Weberstr. 17, Sektionsversammlung.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kamerinet, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit" Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Fort mit dem Messer
Kukirol macht es besser
Kukirol beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos Hornhaut, Hühneraugen Schwielen u. Warzen
Schachtel M 3.– In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

TRADITION
PROBLEM
Garantiert erste Qualität